



aktuell

Monatszeitschrift des OGB♦L - Oktober 2003 - N°10

ÉLECTIONS SOCIALES
12 NOVEMBRE 2003

Wielt, Wähle, Votez, Votem

OGB♦L!



Spezialheft mit den
OGB♦L Kandidaten

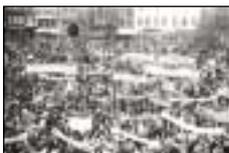
Encart spécial :
les candidats de l'OGB♦L

ENSEMBLE ASSURONS L'AVENIR

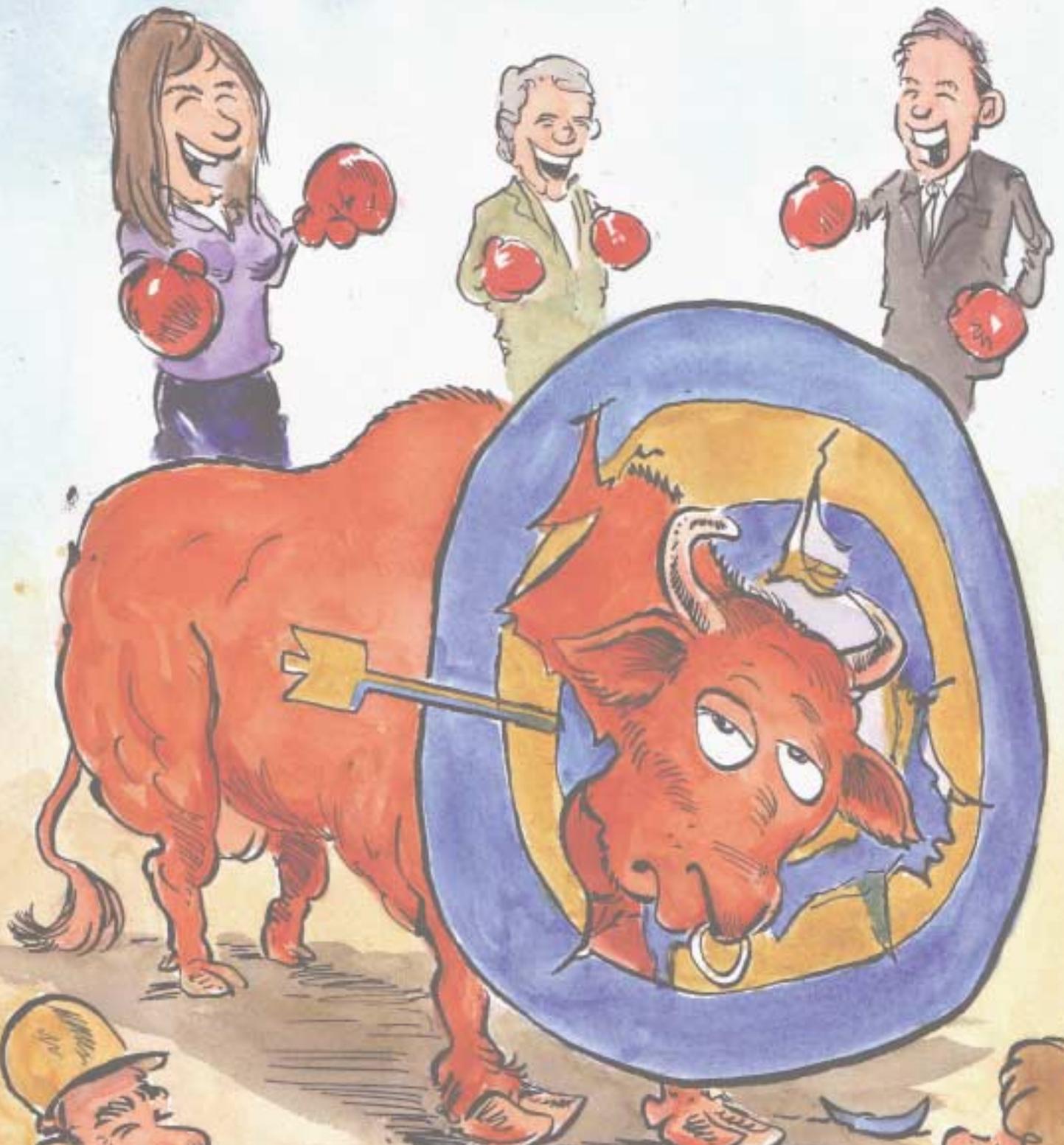
Sommaire

Inhalt



- 4**  **Editorial**
Zesummen d'Zukunft sécheren
Liste 3 wählen, bedeutet Mitbestimmen!
- 7**  **Exekutive**
Sozialkonflikte in Handwerk und Bau?
- 8**  **Streik und Demonstration vom 9. Oktober 1973**
Die neue Dimension
- 11**  **Kollektivvertragskonflikt im luxemburgischen Krankenhauswesen!**
Dringender Appell an den Minister für Gesundheit und Soziale Sicherheit
- 13**  **OGB♦L-Petition "Mehr Rechte für die Personalvertreter"**
Liste mit 14.929 Unterschriften an Parlamentspräsidenten
- 16**  **Point de vue**
Sauvegarder le pouvoir d'achat, garantir la sécurité sociale et l'égalité des chances, arriver à une réelle démocratie dans le monde du travail
- 17**  **Modernisierung des Findels**
OGB♦L-Aktionen zeigen Erfolg
- 26**  **Juntos asseguramos o futuro**
Escolher a Lista 3 significa ter opinião!

SOZIALWAHLEN 2003



Zesammen d'Zukunft sécheren

Liste 3 wählen

Wenn am 12. November 2003 in den Betrieben die Ausschußdelegierten gewählt werden, ist der Sozialwahlkampf abgeschlossen. Was die Resultate anbelangt, so ist der OGB♦L zuversichtlich. Wir haben in den vergangenen Jahren gute Arbeit geleistet und verfügen über die besten Kandidatinnen und Kandidaten. Unterstützt von seinen rund 55.000 Mitgliedern, stellt der OGB♦L eine nicht zu umgehende Kraft dar. In den Betrieben, auf nationaler Ebene, in der Grenzregion und auf dem europäischen Plan macht der OGB♦L sich durch positive und konkrete Aktionen, im Interesse der Arbeitnehmer, bemerkbar.

Wahlkampf?

Die beiden national repräsentativen Gewerkschaften haben einen aufwendigen Wahlkampf oder eher eine Sensibilisierungs- und Motivierungsaktion durchgeführt mit dem Ziel die Wahlbeteiligung zu erhöhen. Andere polemisierten oder operierten mit Unterstellungen und Unwahrheiten, für die sie auch nachträglich die Verantwortung übernehmen müssen.

Auch wenn die Sozialwahlen alle fünf Jahre einen Höhepunkt in der gewerkschaftlichen Aktivität darstellen, läuft das Tagesgeschäft weiter - jedenfalls für den OGB♦L! Wir waren auch in den letzten Wochen permanent präsent, haben durch unsere Stellungnahmen auf Missstände hingewiesen und in den Betrieben unsere Verantwortung übernommen. Erste Priorität unserer gewerkschaftlichen Aktion ist die Interessenvertretung der aktiven und pensionierten Arbeitnehmer. Es gibt nun einmal keinen Stillstand, auch nicht im Wahlkampf. Und wer verschläft, der schadet denen, die er verteidigen soll.

15.000 Unterschriften ...

... für mehr Rechte für die Delegierten überreichte der OGB♦L am 14. Oktober dem Parlamentspräsidenten, ein weiterer Höhepunkt unserer Mobilisierungskampagne für mehr Wirtschaftsdemokratie und damit mehr Lebensqualität am Arbeitsplatz. Die Regierung hat bereits auf unseren Druck reagiert und ist dabei, die betreffenden Gesetze der Realität anzupassen. Leider zu spät und kaum so, dass die neuen Betriebsdelegierten ab dem 1. Januar 2004 über mehr Schutz und Rechte verfügen. Wir werden den Druck aufrecht erhalten und auch nach den Sozialwahlen mit dem Finger auf jene Betriebe zeigen, die mit unfeinen Methoden demokratische Wahlen verhindert oder Druck auf die Kandidaten ausgeübt haben.

Sozialer Härtetest

Die Regierung hat bei der Präsentation des Staatshaushaltes 2004 unterstrichen, dass es keinen Sozialabbau gäbe. Wochen danach mussten wir feststellen, dass ohne Information oder Konsultation der Sozialpartner, die staatliche Beteiligung an der Finanzierung der Pflegeversicherung von 45 auf 40% reduziert wurde und damit 11 Millionen Euro im allgemeinen Budget verschwunden sind. Dies ist ein einseitiger Bruch des Sozialvertrages und bedeutet hoffentlich nicht eine erste Etappe der Flucht des Staates aus seiner Verantwortung.

Die Finanzierung des über 80 Millionen Euro starken Defizits bei den Krankenkassen riskiert zum Härtetest



John Castegnaro
Präsident

bedeutet Mitbestimmen!

zwischen den Gewerkschaften, dem Patronat und der Regierung zu werden. Die Arbeitgeber fordern die Abschaffung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, die Regierung lehnt Beitragserhöhungen respektive eine Übernahme des Defizits ab! Der OGB♦L seinerseits hat mehrfach klargestellt, dass er keiner Leistungsver schlechterung zustimmen wird.

Bleibt die Tatsache, dass im Rahmen der EU-Liberalisierungspolitik Sozialleistungen privatisiert und verschlechtert werden sollen. Private Renten- und Krankenversicherungen und damit eine ungleiche und unsoziale Absicherung der Arbeitnehmer und ihrer Familien - also eine 2-Klassen-Gesellschaft - wären die Folge. Auch hier ein deutliches Nein des OGB♦L.

Kontinuierliche Kollektivvertragspolitik

Der OGB♦L setzt weiterhin auf den Abschluss von Kollektivverträgen, um die Lohn- und Arbeitsbedingungen gezielt anpassen zu können. Die meisten Kollektivverträge tragen die Handschrift des OGB♦L. Auch im Konflikt um die Erneuerung des Kollektivvertrages im Spitalsektor sind wir federführend. Dieser Vertrag soll neue Maßstäbe setzen, was die Arbeitsbedingungen und damit die Lebensqualität in einem schweren und verantwortlichen Beruf anbelangt. Dies gilt heute, aufgrund der immer größeren Belastung, der die Arbeitnehmer ausgesetzt sind, mehr denn je für alle Berufe. Weniger Personal, mehr Produktivität, mehr Flexibilität und damit eine intensive Stressbelastung verursachen Krankheit oder gar Invaliddität.

" Stressberodungsstell "

Ab 2004 wird die vom OGB♦L zusammen mit der "Ligue d'Hygiène Mentale" ausgearbeitete nationale Stressberatungsstelle als professionelle und vertrauliche Anlaufstelle für Stressopfer funktionieren. Parallel dazu werden wir den Versuch unternehmen, mit den Arbeitgebern ein Abkommen zu unterschreiben, um gemeinsam diese neue Belastung zu bekämpfen.

Die Arbeitswelt hat sich seit einigen Jahren grundlegend verändert. Dabei haben die Modernisierung, die Rationalisierung und die Suche nach Gewinnsteigerung den Menschen aus dem Mittelpunkt verdrängt. Dies muss geändert werden, dafür setzt der OGB♦L sich ein.

Liste 3 wählen, heißt die Zukunft mitbestimmen!

Mit der Kraft und Solidarität des OGB♦L wurde und wird weiterhin vieles bewegt, werden Missstände offen gelegt. Als Beispiele seien genannt die Affären Kralowetz oder DH Logistics, unser konsequenter Einsatz für einen modernen Flughafen, gegen ein neues, unsoziales Mietgesetz, gegen die Abbauvorschläge der OECD und anderer Schreibtischtäter. Der OGB♦L ist permanent am Ball, unser Aktionsfeld ist riesig. Je besser wir bei den Sozialwahlen abschneiden, umso stärker wird unsere Durchsetzungskraft.

**"Zesummen d'Zukunft sécheren, heescht
d'Léscht 3 an domat d'Kandidatinnen an
d'Kandidaten vum OGB♦L wielen."**



Journée des Employés Privés des OGB•L



Der OGB•L - die treibende Kraft auch bei den Privatbeamten

Im hauptstädtischen Cercle auf der Place d'Armes fand am 30. September in einem voll besetzten Saal die "Journée des Employés Privés" des OGB•L statt. Der OGB•L, die mit Abstand größte Gewerkschaft auch bei den Privatbeamten, war bei den Sozialwahlen von 1998 sowohl in der Privatbeamten-Kammer (CEP•L) als auch in der Privatbeamten-Krankenkasse (CMEP) stärkste Gewerkschaft geworden.

Ein Ergebnis, das dazu anspornt, die Positionen des OGB•L am 12. November noch weiter zu stärken, wie Armand Drews, Präsident der Abteilung Privatbeamte, Jean-Claude Reding, Generalsekretär des OGB•L und Danièle Nieves, Mitglied des geschäftsführenden Vorstands, in ihren Interventionen unterstrichen.



Traditionelles Militantentreffen



Im Rahmen der Sozialwahlen, fand das traditionelle Militantentreffen des OGB•L im Centre Atert in Bartringen statt. Nach kurzen Ansprachen des Präsidenten und des Generalsekretärs, nutzten die hunderten Kandidatinnen und Kandidaten die Zeit zu einem entspannten Gedankenaustausch.



Tagung der OGB♦L-Exekutive vom 29. September 2003

Sozialkonflikte in Handwerk und Bau?

In ihrer Sitzung vom 29. September nahm die OGB♦L-Exekutive davon Kenntnis, dass in der Generalversammlung der Arbeiterkrankenkasse, die Patronatsorganisationen erneut einen Vorstoß in Sachen Abbau der Krankenkassenleistungen unternommen haben. Dies wurde eindrucksvoll von der Fédération des Artisans anlässlich ihrer offiziellen Herbstrentrée wiederholt.

Der OGB♦L unterstreicht, dass sich die Fédération des Artisans seit Monaten durch ihre permanenten Angriffe auf die Sozialleistungen hervor tut, genauso wie sie als Bremser in den laufenden Kollektivvertragsverhandlungen negativ auffällt. Die Erneuerungen der Kollektivverträge, insbesondere im Handwerk und dem Bau, riskieren allesamt vor dem Schlichter ausgetragen zu werden. Dieses Verhalten ist für die OGB♦L-Exekutive im doppelten Sinn inakzeptabel, da es einerseits zu einer massiven Vergiftung des Sozialklimas in Luxemburg führt und daneben eine regelrechte Provokation an die Adresse der Gewerkschaften und der von ihnen vertretenen, aktiven und pensionierten Arbeitnehmer ist.

Invalidenrenten: endlich im Interesse der Betroffenen handeln

Die Exekutive bedauert, dass die für September von den zuständigen Ministern anberaumte Sitzung der Sozialpartner zur praktischen Umsetzung des neuen Invaliditätsgesetzes nun doch nicht stattgefunden hat und kritisiert, dass auch in diesem Dossier das Patronat nicht im Interesse der Betroffenen mitspielt. Die Exekutive stellt fest, dass durch diese unüberlegte Art und Weise, Spannungen unter dem Personal aufgebaut werden. Insbesondere bei der Reintegration von Teilinvaliden in die Betriebe, stellen sich seriöse Probleme. Die Exekutive besteht weiterhin darauf, dass das Gesetz im Sinn und Geist, der bei der Ausarbeitung des neuen Gesetzes im Rahmen der Tripartite zugrunde lag, ausgeführt wird.

Nein zur neuen Betriebsgenehmigung für Cattenom

Der OGB♦L, welcher der eigentliche Initiator der Anti-Cattenom-Bewegung in der Vergangenheit war, unterstützt in der Folge den neuen Appell an die Regierung, die neue Betriebsgenehmigung für Cattenom zu verweigern. Letztendlich geht es hier nicht nur um Grenzwerte, sondern um die Sicherheit aller Bürger und Arbeitnehmer des Landes.

Neue Bankgebühren

Die Exekutive stellt mit Genugtuung fest, dass seine Aktion dazu beigetragen hat, dass sich der Schneeballeffekt eingestellt hat und der Markt sich zugunsten der Kunden selbst reguliert. Insbesondere begrüßt die Exekutive, dass durch die Initiative des OGB♦L, der als erster und einziger gegen das Verhalten verschiedener Arbeitgeber protestierte, die nicht davor zurückschreckten, einen Teil (die Hälfte und mehr) der anfallenden Bankgebühren bei der Überweisung des monatlichen Lohnes an ihr Personal, vom Nettolohn abzuziehen, diese gesetzeswidrige Praxis im Keim erstickt werden konnte.

Die Exekutive erinnert an den Appell des OGB♦L an die soziale Verantwortung der ABL und ihrer Mitgliedsbanken und die Zusage der ABL-Verantwortlichen, sich einem Rundtischgespräch von der Bankenvertretung, dem OGB♦L und anderen Gewerkschaften, dem Konsumentenschutz (ULC) und den Luxemburger Platzbanken nicht zu verschließen und das Thema Basisdienstleistungen als Gegenstand einer freiwilligen Abmachung zur Diskussion zu stellen.



Streik und Demonstration vom 9. Oktober 1973

Die neue Dimension

Der Streik vom 9. Oktober 1973 stand im Mittelpunkt einer Konferenz des Nationalvorstandes des OGB♦L. 35.000 Menschen waren an jenem Tag dem Aufruf des "Lëtzebuerger Aarbechter-Verband" gefolgt und hatten sich an der größten Demonstration beteiligt, die die Hauptstadt je erlebt hat.

Zum Aktionstag aufgerufen hatte alleine der "Lëtzebuerger Aarbechter-Verband". Die anderen Gewerkschaften wie der LCGB hatten sich nicht nur dagegen ausgesprochen, sondern ausdrücklich ihre Mitglieder dazu aufgerufen, sich nicht daran zu beteiligen. Allerdings ohne Erfolg. Sehr früh stand am 9. Oktober 1973 fest, dass der Streik zu über 75 % befolgt werden würde. In den Minen wurde nicht gearbeitet, die "Schmelzen" standen still. Die Bilder des bewegenden, von René Hengel zusammengestellten Films und die weiteren Dokumente über Streik und Demonstration des 9. Oktober 1973, die René Pizzaferrri zusammengetragen hatte, sind beredtes und unwiderlegbares Zeugnis des außergewöhnlichen Erfolgs des 9. Oktober 1973.

Für OGB♦L-Präsident John Castegnaro ist der 9. Oktober kein Zufallsprodukt, sondern das Ergebnis einer kontinuierlichen Entwicklung, die bereits zehn Jahre zuvor von den Verantwortlichen des LAV in die Wege geleitet worden war. "Sie wollten weg vom Image der Gewerkschaft als einer reinen Lohnmaschine, einer Organisation, die sich nur und ausschließlich um arbeitsrechtliche Belange kümmerte". Dies war auch einer der Ausgangspunkte bei den Bestrebungen, eine Einheitsgewerkschaft zu gründen. "Es ging darum, eine neue Dimension in die Gewerkschaftsarbeit einzubringen, die Gewerkschaft als gesellschaftspolitische Kraft zu etablieren", so John Castegnaro.

Für den Historiker Denis Scuto reiht sich der 9. Oktober in die Liste der großen gewerkschaftlichen Protestkundgebungen aus den Jahren 1921, 1936, 1953, 1955, und 1982 ein. Doch wie der Märzstreik 1921, der für die Arbeiter zum Misserfolg wurde und auch den Arbeitgebern nicht viel

brachte, komme dem 9. Oktober 1973 eine viel wesentlichere Bedeutung zu.

Magischer Moment

Alles was nach 1921 gekommen sei, habe immer Bezug zum Märzstreik und dessen Konfrontationskurs gestanden. Ab 1936 hätten die Gewerkschaften auf eben die Konfrontation verzichtet und auf Verhandlung gesetzt, wodurch sie neue Erfolge hätten erringen können.

In den 60er Jahren habe sich mit der einsetzenden Tertialisierung und der sich anbahnenden Krise im Stahlbereich das Ende einer Ära abgezeichnet. Es sei auch wichtig, den gesellschaftlichen Aufbruch und die Protestphase dieser Zeit in die Bewertung des 9. Oktober 1973 einzubeziehen.

Der LAV hätte es verstanden, mit seinem 14-Punkte-Programm an gesellschaftlichen Forderungen eine Art "Fusion" der gewerkschaftlichen Forderungen mit denen der damals aufkommenden sozialen Bewegungen zu bewirken. "Der LAV hat 35.000 Leute für die Utopie einer humanen Gesellschaft auf die Straße gebracht". Ein weiterer Grund für den Erfolg des 9. Oktober sieht Denis Scuto darin, dass Premierminister Pierre Werner den Streik für illegal erklärt hatte, was die Gemüter erst recht in kämpferische Stimmung gebracht hätte. "Es wäre ein magischer Moment, in dem viel zusammengekommen war, was später wieder auseinander ging". Der Grund für dieses spätere Auseinanderdriften sieht Scuto darin, dass 1973 das letzte Jahr der Hochkonjunktur gewesen sei. Ab 1974 sei Krisenzeit gewesen und die Gewerkschaften hätten sich auf andere Dinge konzentrieren müssen. Auch wenn die Gewerkschaften heute nicht mehr die einzigen Protestbewegungen seien, so seien sie nach wie vor, wie am 9. Oktober 1973, die einzigen, die eine gesellschaftliche Aufbruchsstimmung relevant vertreten können.

Serge Kennerknecht - tageblatt





URGENT - URGENT - URGENT - URGENT

ASSURANCE-MALADIE

En raison des nouvelles charges que lui impose le Gouvernement, la **situation financière** de l'assurance-maladie-maternité est devenue problématique. Or, depuis des mois, ce même Gouvernement refuse d'assumer sa responsabilité et de combler le déficit provoqué par sa décision unilatérale.

paiement d'une partie du salaire, en l'occurrence 80% seulement, en cas de maladie. Nous ne le permettrons pas et demandons le maintien du salaire par le patron pour chaque travailleur en cas de maladie.

S'y ajoute que tout récemment le patronat réclame à nouveau la réintroduction du **non-paiement des jours de maladie** ou le

Pour atteindre ces objectifs, il nous faut une assurance maladie efficace et indépendante au niveau politique, capable de prendre des initiatives et de réagir de façon dynamique aux défis lancés.

D'Fanger ewech vun der Lounfortzahlung!

Touche pas au maintien du salaire en cas de maladie !

Géint Karenzdeeg!

Contre l'introduction de jours de maladie non-payés !

Géint Leeschtungsverschlechterunge bei de Krankekeesen!

Contre les dégradations des prestations des caisses de maladie !

ASSURANCE-PENSION

En matière d'assurance-pension, nous constatons que le patronat soutient les recommandations et thèses néo-libérales émises par la Commission Européenne d'une part et l'OCDE d'autre part, consistant à revendiquer l'abolition de la préretraite et le relèvement de l'âge de la retraite.

Afin d'éviter un démantèlement des prestations à l'exemple de nos pays voisins, nous continuons à nous battre contre toute détérioration de nos acquis sociaux.

Fir d'Weiderféierung vun der Préretraite!

**Pour la continuation
de la préretraite !**

Géint d'Erhéichung vum Pensiounsalter
op 67 Joër!

**Contre le relèvement de l'âge
de la pension à 67 ans !**

ELECTIONS SOCIALES 2003

Votez

LISTE

3



ENSEMBLE ASSURONS L'AVENIR

Zum erneuten Vorstoß der Fédération des Artisans

Ein kategorisches Nein!

Der OGB•L stellt mit Empörung fest, dass die Fédération des Artisans, mit ständig neuen Sparideen, dabei ist, das Jahrzehnte alte Prinzip der Solidargemeinschaft und das Krankenkassenwesen insgesamt, abzuschaffen.

Der OGB•L sagt ein kategorisches Nein zu jeglichen Versuchen des Abbaus, der Verschlechterung oder der Leistungsminderung und appelliert erneut an die soziale Verantwortung der Arbeitgeberorganisation.

Statt immer wieder Sozialabbau zu fordern, die Mindestloohnerhöhung und den Index in Frage zu stellen, das Rentensystem zu kritisieren und dadurch das soziale Klima zu vergiften, wäre sie besser beraten, dafür Sorge zu tragen, dass durch den Abschluss der gene-

rell konfliktbehafteten Kollektivvertragserneuerungen im Sektor, anständige Lohn- und Arbeitsbedingungen geschaffen werden.

Der OGB•L hat bereits mehrmals darauf hingewiesen, dass diese Entwicklung zu negativem Stress am Arbeitsplatz führt. Die damit verbundenen Konsequenzen auf gesundheitlicher Ebene wachsen immer mehr zu einem Gesellschaftsproblem heran, da die anfallenden Kosten allgemein zu Lasten der Sozialversicherungssysteme sind.

Stressabbau durch ein positives Arbeitsklima, gute Lohn- und Arbeitsbedingungen hingegen, sind gleichbedeutend mit weniger Krankmeldungen.

Der OGB•L beim Budgetberichterstatter Jean-Marie Halsdorf

Die Kontinuität im sozialen Bereich muss Bestand haben

Auf Einladung des diesjährigen Budgetberichterstatters, fand in den Räumlichkeiten der CSV-Fraktion, eine Unterredung einer OGB•L Delegation bestehend aus Nationalpräsident John Castegnano, Generalsekretär Jean-Claude Reding und Pressereferentin Chantal Boly mit den Herren Jean-Marie Halsdorf und Frank Engel statt.

Im Laufe des fast zweistündigen Gesprächs wurden viele Themen angesprochen, wobei die Veridizität des Budgets im Vordergrund stand. Der OGB•L wiederholte seine Bedenken, ob der Staatshaushalt 2004 über die Parlamentswahlen vom Juni 2004 hinaus, Bestand haben wird. Besonders im Zusammenhang mit rezenten Aussagen des Premierministers, bleibt zu hoffen, dass es keine schlechte Überraschung geben wird.

Neben den allgemeinen sozialpolitischen Akzenten des Budgets (Krankenkassen, Rentenmauer, Pflegeversicherung, Invalidenrenten, Notwendigkeit von staatlich unterstützten Weiterbildungsmaßnahmen) wurden spezifisch die Vollbeschäftigung, das ständige Ansteigen der Arbeitslosigkeit, die Diversifikation der Luxemburger Wirtschaft und der Konflikt im Spitalsektor diskutiert.

Beide Parteien kamen überein, dass die Situation auf dem Arbeitsmarkt aufgrund der wirtschaftlichen Entwicklung in den kommenden Wochen und Monaten gespannt bleiben wird. Die Herausforderung für alle Beteiligten in Luxemburg - Politik, Arbeitgeber und Gewerkschaften - muss vor allem darin bestehen, dem Erhalt und der Wiederherstellung der Vollbeschäftigung absolute Priorität einzuräumen. Nachdem die vom OGB•L seit Jahren geforderte gesetzliche Arbeitszeitverkürzung, nun vom Arbeitsminister Biltgen im aktuellen wirtschaftlichen Kontext als adäquates Mittel zur Verhinderung der Arbeitslosigkeit und dem Erstellen von Sozialplänen angesehen wird, bleibt abzuwarten, ob diese den Här-

tetest in der Tripartite bestehen wird. In gleichen Zusammenhang gilt es auch Schlagwörter, wie zum Beispiel die immer wieder angeführte "strukturelle Arbeitslosigkeit" auf ihren Inhalt zu überprüfen.

Da mittlerweile der gesamte Privatwirtschaftsbereich vom Phänomen Arbeitslosigkeit betroffen ist, fordert der OGB•L, dass auch der progressive Vorruhestand wieder angesprochen wird. Um die Beschäftigungslage in den Griff zu bekommen, bedarf es daneben weiterhin offensiver Maßnahmen und einer gezielten Diversifizierungspolitik mit realen Arbeitsplätzen. Auch den 105.000 Grenzgängern und den Nicht-Luxemburgern, die ein fester Bestandteil unseres Arbeitsmarktes sind, muss verstärkt Rechnung getragen werden. Aufgrund der neuen europäischen Regelungen, können sie in Zukunft die Sozialrechnung in Luxemburg wesentlich verteuern, dadurch, dass sie Leistungsempfänger aller sozialen Zuwendungen werden.

Zur defizitären Lage in den Krankenkassen, unterstrich der OGB•L erneut, dass er auf keinen Fall Leistungsverschlechterungen für die Versicherten in Kauf nehmen wird, vielmehr müssen einseitige politische Entscheidungen mit großem finanziellen Impact, auch vom Staatsbudget übernommen werden.

Zum Konflikt im Spitalsektor waren sich beide Parteien einig, dass bei der Gesundheitsversorgung nicht die Preisfrage, sondern die Qualitätsfrage im Mittelpunkt aller Überlegungen stehen muss.

Abschließend erinnerte der OGB•L an das Bereitstellen von staatlicher Seite der finanziellen Mittel zum Anlaufen seiner nationalen Stressberatungsstelle in Zusammenarbeit mit der Ligue d'Hygiène Mentale.

Um weitere Detailfragen hinsichtlich des Budgets und der OGB•L-Forderungen zu klären, wurde ein weiteres Treffen in den nächsten Wochen vereinbart.

Kollektivvertragskonflikt im luxemburgischen Krankenhauswesen!

Dringender Appell an den Minister für Gesundheit und Soziale Sicherheit

Im luxemburgischen Krankenhauswesen nimmt der soziale Konfliktstoff nicht ab, sondern er nimmt zu.

Die Kollektivvertragspolitik der Patronatsorganisation EHL, die in den letzten Jahren wesentlich zu einer zukunftsorientierten Gestaltung der Arbeitsbedingungen im Interesse des Personals und der Betriebe beitrug und Mitgarant für den sozialen Frieden im Krankenhausbereich war, ist seit Januar 2003 auf dem Rückzug.

Eine sich nach Bettenzahl zusammensetzende Mehrheit von Verwaltungsräten der EHL-Betriebe hat diese negative Entwicklung verursacht. Der Minister für Soziale Sicherheit und Gesundheit leistete dabei wertvolle Schützenhilfe. Seine ministeriellen Beamten verletzen auf grobe Art und Weise das Prinzip der Tarifautonomie und stimmten gegen die im November 2003 erzielten Verhandlungsergebnisse. Das flagranteste Beispiel dieser Einmischung war das Votum des Verwaltungsrats des Escher Spitals, bei dem der Beamte des Ministers zum entscheidenden Zünglein an der Waage wurde und mit dem internationalen Stahlkonzern Arcelor den Willen der Escher Gemeindeverantwortlichen überstimmte.

Die negative Haltung des Ministers hat dazu beigetragen ...

... dass die EHL in kürzester Zeit ihr eigenes Modell der tarifpolitischen Visionen und Autonomie weitgehend aufgegeben hat. Es scheint politisches Interesse an einer intern zerstrittenen EHL und an einem tarifpolitischen Rückfall zu geben, der jetzt, zum erstenmal seit 1994, dazu geführt hat, dass das Nationale Schlichtungsamt wegen einem Vertragskonflikt im Krankenhauswesen eingeschaltet wurde.

Dabei weiß jeder, dass eine sich fortsetzende Verschlechterung der sozialen Beziehungen und eine Abkehr von einer fortschrittlichen Personalpolitik die Qualität der Dienstleistungen im Krankenhauswesen in Mitleidenschaft ziehen wird.

Das Personal des luxemburgischen Krankenhauswesens und des Gesundheitswesens ist über die Einmischung des Ministers in die Tarifautonomie aufgebracht. Und es hat kein Vertrauen mehr in einen Minister, der einseitig die tarifdurstige, liberale Medizin nach dem Gießkannenprinzip mit Geld segnet, und andererseits die lohnabhängigen Gesundheitsberufler und das Gesamtpersonal im luxemburgischen Gesundheitswesen nicht nur im Stich lässt, sondern ihm sogar in den

Rücken fällt. Dabei sind die rezenten absurden Äpfel-mit-Birnen-Vergleiche des Ministers zwischen dem "Lohn eines Lohnabhängigen" im Gesundheitswesen und den "Tarifen der liberalen Medizin" das geringste Übel.

Erneute Einmischung in die Tarifautonomie

Im August dieses Jahres setzte sich die Einmischung des Ministers in die Vertragsautonomie des Spitalpersonals munter fort. Auf dem Buckel des Krankenhauspersonals soll jetzt u.a. das Finanzloch in den Krankenkassen gestopft werden, das der Minister durch seinen lobbyistischen Kniefall gegenüber der liberalen Ärzteschaft herbeigeführt hat. Der Vertreter des Ministers in der Krankenkassenunion profitierte von der zur Zeit orientierungslosen EHL und schrieb im Sinne seines Herrn ein negatives Papier zur Finanzierung des Kollektivvertrags im Spitalwesen und ließ dieses kurzerhand, mit Hilfe seiner eigenen Stimme und die des luxemburgischen Patronats, gegen die skandalisierten Gewerkschaftsvertreter von OGB•L und LCGB in der Krankenkassenunion abstimmen.

Dabei störte es nicht, dass dieses Papier mit Analysen, Argumenten und Schlussfolgerungen vollgestopft ist, die, weil äußerst vereinfachend und oberflächlich, alles andere als objektiv sind. Das Resultat sind wichtige Falschaussagen und eine inakzeptable Darstellung der rezenten Kollektivvertragsgeschichte und ihrer Verhandlungen.

Insgesamt stellen die Aussagen des Präsidenten der Krankenkassenunion einen Schlag ins Gesicht all jener Verantwortlichen der EHL und der Vertragsgewerkschaften dar, die in den vergangenen Jahren sich stets für konstruktive Verhandlungen und gewinnbringende Maßnahmen für die Gestaltung der Arbeit im Krankenhauswesen entschieden.

Im Wesentlichen geht es dem Minister und seinem Repräsentanten darum, einerseits die seit dem Kollektivvertrag 1995 eingeführte Regel des Gleichgewichts zwischen dem Kollektivvertrag und dem Öffentlichen Dienst zu verletzen und die Lohnentwicklung der Arbeiter und Privatbeamten im Spitalsektor zeitlich hinauszuzögern sowie andererseits, die autonomen Gestaltungsmöglichkeiten der Sozialpartner einzuschränken und zu dirigieren.

Die aktuelle Konfliktsituation erfordert schnelles politisches Umdenken

Die Vertragsgewerkschaften OGB♦L und LCGB rufen den Minister auf, seine negative Einstellung gegenüber dem Krankenhauspersonal zu revidieren. Sie erwarten von ihm, dass er in Bezug auf die Arbeit und auf die Arbeitsbedingungen im Spitalwesen das Erreichte verteidigt und sich für dessen weitere Entwicklung einsetzt. Sie fordern ihn auf, die sehr hohen Anstrengungen der Sozialpartner zwischen 1990 und 2002 zur Stabilisierung der sozialen Beziehungen und der positiven Umgestaltung der Arbeitsbedingungen endlich anzuerkennen. Niemand kann mehr verstehen, dass ein Minister für Gesundheit und Soziale Sicherheit sich gegen eine Vertragspolitik im Krankenhauswesen stellt, die den hohen Verdienst hat, die Arbeits- und die Personallage, sowie die sozialen Beziehungen im Krankenhauswesen normalisiert und gefestigt zu haben.

Dies erfordert nicht nur eine offene Haltung gegenüber der im November ausgehandelten Vertragsresultate und gegenü-

ber deren wichtigen qualitativen Neuerungen für die Arbeit im Krankenhauswesen, sondern ebenfalls den politischen Willen der aktuellen, konfliktreichen Entwicklung der Arbeitsbeziehungen im Krankenhauswesen Einhalt zu gebieten. Dies schließt die kritische Überprüfung der Stellungnahme der Krankenkassenunion mit ein.

Die Anpassung der Arbeit und der Arbeitsbedingungen des Personals an die Qualitätserfordernisse eines modernen Gesundheitswesens sind eine sehr ernste Sache. Die aktuelle Konfliktsituation erfordert schnelles politisches Umdenken.

Die Personaldelegierten von OGB♦L und LCGB haben die gewerkschaftlichen Verhandlungspositionen bestätigt und fordern dass eine erste Schlichtungsrunde kurzfristig zustande kommt. Beide Gewerkschaften rufen die Arbeiter und Privatbeamten des Krankenhauswesens auf, sich auf größere Protestaktionen einzustellen, falls die Schlichtungsprozedur einen negativen Verlauf nehmen sollte.

Mitgeteilt von OGB♦L und LCGB
am 1. Oktober 2003

Tagung der OGB♦L-Exekutive vom 13. Oktober 2003

Regierung muss Pflegequalität garantieren

In ihrer Sitzung vom 13. Oktober 2003 beschäftigte sich die OGB♦L-Exekutive intensiv mit den anstehenden Sozialdosiers (Pflegeversicherung, Krankenkassendefizit, Invalidenrenten, Aktionsplan "PAN" 2003, ...usw) und bereitete wichtige Arbeitstermine vor. Im Vorfeld der wichtigen Diskussionen und der sich aufdrängenden Entscheidungen, stellen die Sitzungen vom 22.10 (Krankenkassen-Quadripartite), 14.11. (Generalversammlung der Krankenkassenunion UCM) sowie dem 17. 11. (nationale Tripartite) äußerst wichtige Etappen dar.

Die OGB♦L-Exekutive unterstreicht den prinzipiellen Widerstand des OGB♦L gegen alle Leistungsverschlechterungen in allen sozialen Bereichen, gerade auch im Zusammenhang mit dem OECD Länderbericht über Luxemburg, der sich erneut durch seine neoliberale Ausrichtung in Sachen Wirtschaftspolitik auf Kosten der Sozialpolitik auszeichnet.

Pflegeversicherung: OGB♦L gegen erneuten Alleingang der Regierung

Die Exekutive erneuert die grundsätzliche Ablehnung des OGB♦L gegenüber der einseitigen staatlichen Initiative, die darin besteht für das Jahr 2004 - aufgrund der Überschüsse bei den Reserven - den Finanzierungsanteil des Staates an

der Pflegeversicherung von 45 auf 40% zu senken und die restlichen 5% in den Staatshaushalt fließen zu lassen.

Dieser Schritt, der ohne die übliche Konsultation oder Diskussion mit den Gewerkschaften unternommen wurde, verstößt gegen den nationalen Solidaritätsgedanken, der erfordert hätte, dass die staatliche Reduktion von einer gleichwertigen Kürzung der bislang 1%-igen Abgabe der Arbeitnehmer auf ihrem Bruttogehalt, begleitet worden wäre.

Die Exekutive fordert die Regierung respektive die politische Majorität auf, ihre Entscheidung rückgängig zu machen respektive zu gewährleisten, dass diese Maßnahme außergewöhnlich und auf ein Jahr, d.h. das Jahr 2004, beschränkt ist. Des Weiteren muss sie die Qualität der Leistungen für die Pflegebedürftigen und die Qualität der Arbeitsbedingungen des Pflegepersonals weiterhin zu 100% garantieren.

Das Vorpreschen der Regierung in diesem delikaten Bereich, hinterläßt aber bereits jetzt einen bitteren Nachgeschmack und läßt - trotz gegenteiliger Aussagen des Premier- und Budgetsministers - hoffentlich unbegründete Vermutungen offen, dass durch andere, versteckte Maßnahmen, trotzdem Sozialabbau stattfindet.

Die Schreibtischtäter schlagen wieder zu

Der rezente OECD Bericht über Luxemburg reiht sich in die Serie der internationalen und europäischen Studien der letzten Jahre ein, die sich für eine neoliberale Ausrichtung der Wirtschaftspolitik auf Kosten der Sozialpolitik entschieden haben.

Im Wesentlichen fordert die OECD-Länderstudie auch in diesem Jahr erneut, das luxemburgische Sozialversicherungssystem und das Arbeitsrecht weniger großzügig zu gestalten, also Sozialabbau zu betreiben.

Die Frage muss erlaubt sein, wieso diese Schreibtischtäter aus Paris sich erneut anmaßen, "Kuren" an die Adresse der Arbeitnehmer zu verschreiben, statt sich endlich mit der sozialen Verantwortung der Arbeitgeber auseinander zu setzen.

Da das Zurückstutzen der sozialen Leistungen für den OGB♦L inakzeptabel ist, begrüßt er die eindeutige Haltung der Luxemburger Regierung, die klargestellt hat, dass sie keinesfalls auf die Vorschläge der OECD eingehen wird.

OGB♦L-Petition "Mehr Rechte für die Personalvertreter"

Liste mit 14.929 Unterschriften an den Parlamentspräsidenten überreicht

Anschließend an seine Protestmanifestation anlässlich der Orientierungsdebatte vom 16. Oktober 2002 im Parlament, hatte der OGB♦L seine Mobilisierungsaktion "Mehr Rechte für die Personalvertreter" mit Petitionslisten in den Betrieben gestartet.

Am 14. Oktober 2003, fast genau ein Jahr nach dieser Aktion, überreichte eine OGB♦L Delegation bestehend aus Nationalpräsident John Castegnaro, Generalsekretär Jean-Claude Reding, den Vize-Präsidenten Armand Drews und Pierre Schmartz, sowie den Mitgliedern des Geschäftsführenden Vorstands Alain Kinn, Danièle Nieves und André Roeltgen, dem Parlamentspräsidenten Jean Spautz, die zusammengetragenen Unterschriften.

Die 14.929 Unterschriften von Betriebsmilitantinnen und -militanten geben dem Missmut der Personalvertreter Ausdruck und untermauern wirkungsvoll die berechtigte Forderung des OGB♦L nach einer grundlegenden Reform der Gewerkschaftsrechte (Delegations- und Mitbestimmungsgesetze, Reform der ITM, ... usw.) sowie einem verbesserten Kündigungsschutz der Personalvertreter.

Parlamentspräsident Jean Spautz drückte dem OGB♦L sein vollstes Verständnis für seine Aktion aus, bezweifelte allerdings, dass diese tiefgreifende und unumgängliche Reform in dieser Legislaturperiode, d.h. vor den Parlamentswahlen von Juni 2004, durchgeführt werden kann.



OGB♦L PÉTITION OGB♦L		Plus de droits pour les délégués du personnel ! Mehr Rechte für die Personalvertreter!	
1	2	3	4
5	6	7	8
9	10	11	12
13	14	15	16

Vorschläge zur Reform des Mietgesetzes

Nicht auf Kosten der Mieter!

Der OGB•L hat zur Kenntnis genommen, dass der zuständige Minister erneut einen Anlauf zur überfälligen Reform des Mietgesetzes unternommen hat und hofft, dass die vorgeschlagenen Änderungen nun auch im Sinn der Mieter sind. Der OGB•L wird die Vorschläge kritisch analysieren und seine Überlegungen in die Stellungnahmen der Arbeiterkammer (AK) und der Privatbeamtenkammer (CEPL) einfließen lassen.

Auch wenn die Ideen zur Reform des Mietgesetzes in einer wirtschaftlich schwierigeren Zeit als konjunkturelle Ankurbelungsmaßnahme betrachtet werden kann, so stellt der OGB•L unmissverständlich klar, dass sie auf keinen Fall einen Freibrief für Wildwuchs bei den Miethöhen, noch eine Aufweichung des Mieterschutzes darstellen können.

In diesem Zusammenhang erinnert der OGB•L auch an seine Forderung, parallel zu einem neuen Mietgesetz, die Baulandspekulation endlich seriös zu bekämpfen. Daneben verlangt der OGB•L zusätzliche Anstrengungen des Staates wie z. B. das Bereitstellen von Fördermitteln und Bauland zu niedrigen Preisen für den Bau von Eigentumswohnungen, eine Erhöhung der staatlichen Bauprämien und Zinssubventionen und eine Revision der Kriterien, um in den Genuss der staatlichen Unterstützung zu kommen.

Daneben bleibt der Bau von Mietwohnungen in öffentlicher Hand, die weiterhin nach besonderen Kriterien vermietet werden müssen, eine andere Priorität.

CONCOURS

Grand jeu "Autocollants"
du 7 octobre au 12 novembre 2003

Coller, c'est gagner !

1er prix : 1 bon de voyage de 1.500.- €
2e prix : 1 bon de voyage de 1.000.- €
3e prix : 1 bon de voyage de 500.- €
(en collaboration avec ATOL-Voyages Flamingo)

Dans le cadre de sa campagne pour les élections sociales, l'OGB•L met à votre disposition dans tous ses bureaux régionaux - en dehors des autocollants habituels - des stickers avec le geste de boxer.

Apposez les bien visiblement sur votre voiture, moto, ... etc. et vous participez automatiquement à notre jeu photographique qui déterminera chaque semaine plusieurs gagnants.

d'un set OGB•L (veste de pluie + casquette + parapluie)

Chaque semaine, dans le "tagblatt" du samedi, nous publierons une des photos que notre photographie a prises au hasard dans les quatre coins du pays. Si vous reconnaissez votre plaque d'immatriculation, téléphonez au 54 05 45 - 346 (Robert Molitor) pour nous voir remettre votre cadeau.

Lors d'un grand tirage au sort le 12 novembre, nous allons déterminer parmi tous les participants, les gagnants des trois premiers prix.

Tous celles et ceux qui n'auraient pas de voiture, moto, ... etc. peuvent néanmoins participer au concours en envoyant une photo originale avec l'autocollant de la liste n° 3 de l'OGB•L au Service Information et Presse de l'OGB•L, B.P. 149 à L-4002 Esch-Weltring.

Parmi tous les envois, nous déterminerons le prix de l'originalité, à savoir

1 mobile Siemens M55 (SMS, navigateur Internet, ...)
avec carte prépayée TipTop



Großes Aufkleber-Gewinnspiel
vom 7. Oktober bis 12. November 2003

Mitmachen, mitgewinnen!

1. Preis: 1 Reisegutschein im Wert von 1.500.- €
2. Preis: 1 Reisegutschein im Wert von 1.000.- €
3. Preis: 1 Reisegutschein im Wert von 500.- €
(in Zusammenarbeit mit ATOL-Voyages Flamingo)

Im Rahmen seiner Kampagne für die Sozialwahlen, hält der OGB•L in all seinen Regionalbüros - neben den üblichen Aufklebern - einen Wahlzettel mit Boxhandschuh bereit. Kleben Sie diesen gut sichtbar auf Ihr Auto, Motorrad, ... usw.

So nehmen Sie automatisch an unserem Fotowettbewerb teil, bei dem wir jede Woche

verlosen ein OGB•L-Set (Regenjacke + Baseball-Cap + Regenschirm)

In der jeweiligen Sonntagsausgabe des "tagblatt" veröffentlichen wir eines der Fotos, das von unserem Fotografen, nach dem Zufallsprinzip im ganzen Land gewählt wurde. Wenn Sie Ihre Immatriculationsnummer wiedererkennen, rufen Sie unser Telefonnummer 54 05 45 - 346 (Robert Molitor) an, um Ihren Gewinn abzuholen.

Anlässlich der Endauslosung vom 12. November, werden unter all den Teilnehmern die Gewinner der ersten drei Preise bestimmt.

All jene, die kein Auto oder Motorrad besitzen, können trotzdem am Spiel teilnehmen. Zusätzlich zu den oben genannten Gewinnen verlost der OGB•L für das originale Foto mit dem Lizenznummer-Aufkleber des OGB•L unter allen Einsendungen (OGB•L-Pressesetelung, Postfach 149 in L-4002 Esch-Weltring)

mit Siemens-Handy M55 (SMS und Surf-Funktion)
mit TipTop-Karte



Rappel : nos 2 premiers gagnants sont
les deux plaques d'immatriculation luxembourgeoises : DL679 et 20853

Kooperationsvertrag unterschrieben

Nach langen Diskussionen und Verhandlungen, kamen die beiden Organisationen überein einen Kooperationsvertrag mit sofortiger Wirkung abzuschließen. Dieser beinhaltet weiter eine kurzfristige Fusion, d.h. die Integration der FEP-FIT et Cadres in den OGB♦L.

Der OGB♦L übernimmt ab sofort die Verwaltung der FEP-FIT et Cadres, sowie die Betreuung der Mitglieder in seinen Sprechstunden. Die Finanzautonomie beider Organisationen bleibt unangetastet. Ein paritätisch eingesetztes Koordinationskomitee wird über die weitere Organisation befinden und die sich aus der Fusion ergebenden Maßnahmen begleiten.

Diese Entscheidung wurde von den jeweiligen Gremien, dem Direktionskomitee der FEP-FIT et Cadres am 29. September 2003 sowie dem OGB♦L-Nationalvorstand am 9. Oktober 2003 gutgeheißen.

Zwischenzeitlich sind die FEP-Mitglieder aufgerufen, den OGB♦L bei den Sozialwahlen vom 12. November zu unterstützen, soweit keine FEP-Listen in den Betrieben vorliegen.

Das Abkommen basiert auf den tiefgreifenden Änderungen in der Arbeitswelt und ist die verantwortliche, gewerkschaftliche Antwort auf die großen Herausforderungen der Zukunft in unserer globalisierten Welt. Nur so kann eine optimale Interessenvertretung der Arbeitnehmer insgesamt und der Privatbeamten insbesondere organisiert werden.



40-jähriges Dienstjubiläum für John Castegnaro

Im Rahmen eines kleinen Empfangs, an dem zahlreiche geladene Gäste aus Gewerkschaft und Politik teilnahmen,

feierte der OGB♦L die 40 Dienstjahre seines Präsidenten John Castegnaro.





Notre alternative

Sauvegarder le pouvoir d'achat, garantir la sécurité sociale et l'égalité des chances, arriver à une réelle démocratie dans le monde du travail

Jean-Claude Reding
Secrétaire général

Le mardi 14 octobre 2003, le jour de la rentrée parlementaire, l'OGB•L a remis au président du Parlement une pétition en faveur d'une modernisation de la législation concernant la représentation du personnel et le droit de cogestion.

14.929 militants syndicaux, dont des milliers de délégués du personnel, ont signé cette pétition.

Tant le Gouvernement que le Parlement sont sollicités, et particulièrement le ministre du Travail, qui serait bien avisé de soumettre rapidement aux instances compétentes un projet de réforme susceptible d'amener de réelles améliorations. Par ailleurs, la Chambre des députés doit se concentrer dans les prochaines semaines sur le budget national 2004. Le projet de budget 2004 a été élaboré dans un climat économique pour le moins difficile. A cet égard, plusieurs observateurs et représentants de partis politiques n'ont pas manqué de s'étonner de l'absence d'objections fondamentales de la part des syndicats.

En réalité, le syndicat a salué sur le fond l'orientation anticyclique du budget, laquelle représente également l'un des socles des avis des chambres professionnelles salariales. Ces dernières ont toutefois également mis en lumière la viabilité à court terme seulement de la politique budgétaire et la nécessité impérieuse d'une politique économique, financière et budgétaire différente au niveau de l'Union européenne. Le pacte de stabilité doit être réformé.

Par ailleurs, il est plus que grand temps d'ouvrir le débat sur l'avenir, depuis longtemps en souffrance. Les partis politiques doivent présenter la manière dont ils envisagent de maintenir l'Etat social dans un contexte de croissance limitée, leur position en ce qui concerne la revendication d'une plus grande démocratie dans le monde du travail, leurs idées pour une plus grande égalité des chances et une plus grande équité dans notre système éducatif - voire dans tous les autres domaines relevant du social -, les moyens qu'ils comptent mettre en œuvre - s'ils l'envisagent - afin d'augmenter le niveau général d'enseignement et de formation et, enfin, leurs perspectives quant à l'évolution de notre structure économique.

Des déclarations d'intention claires sont d'autant plus essentielles que les propositions des théoriciens néo-libéraux de l'OCDE de Paris ne sont un secret pour personne : ils ne font aucunement mine de cacher dans leurs discours une remise en cause des acquis sociaux - prestations de chômage, pen-

sions, droit du travail. Des mesures similaires sont exigées par la Commission européenne sous le couvert de réformes structurelles. Ces remèdes politiques sont administrés en Europe depuis ces quelque 20 dernières années. Ils ont eu des effets secondaires néfastes. D'un point de vue économique, ils ont amené des problèmes à l'UE. D'un point de vue social, ils ont induit plus d'inégalités, de chômage, de pauvreté et d'insécurité. Enfin, d'un point de vue socio-politique, ils sont à l'origine de la progression de la xénophobie et de l'extrême droite.

L'OGB•L se réjouit de voir les responsables politiques luxembourgeois prendre leurs distances vis-à-vis des propos des théoriciens de l'OCDE. Ce qui est vrai pour leurs théories l'est tout autant pour leurs conseils catastrophiques en matière de politique d'enseignement. En effet, accepter une scission au sein de notre système scolaire pour établir des écoles francophones et des écoles germanophones équivaldrait à creuser davantage les fossés sociaux et à favoriser encore plus l'inégalité des chances. Or, un apartheid social serait désastreux pour le Luxembourg.

Nous avons besoin de réformes, certes, mais de réformes positives. Nous avons besoin de réformes aptes à freiner les licenciements pour raisons économiques et qui offrent des alternatives à la suppression d'emplois.

Ainsi, pourquoi la réduction du temps de travail ne serait-elle pas, en tant qu'alternative aux compressions de personnel, cofinancée grâce au Fonds pour l'emploi ? Il s'agit là certainement d'une solution plus humaine pour les personnes concernées et qui, en outre, permettrait de procéder à des restructurations sans devoir licencier du personnel. Pourquoi les questions relatives au temps de travail et à la formation continue nous semblent-elles insurmontables, tout autant, d'ailleurs, que celles concernant le droit au travail à temps partiel pour cause de formation continue, pour des raisons liées à l'éducation des enfants ou pour des motifs ayant trait à l'âge ? Pourquoi les plans sociaux n'introduisent-ils pas l'obligation de négocier des alternatives préalablement à tout licenciement ?

L'OGB•L a déjà fait état de sa volonté de mener des négociations à ce sujet avec les employeurs. Cela ne veut pas pour autant dire que nous nous laisserons bernier. Si d'ici la fin de l'année les négociations n'ont abouti à aucun résultat, nous exigerons des milieux politiques qu'ils prennent leurs responsabilités dans l'intérêt des travailleurs et du plein emploi.



Pour un aéroport moderne !

La réunion des salariés du "Findel", organisée par l'OGB♦L au centre culturel de Sandweiler en date du 22 octobre 2003 s'est occupée de la modernisation et de l'extension de l'aéroport de Luxembourg et a adopté la résolution suivante :

- ♦ L'OGB♦L défend l'idée d'un aéroport moderne au Luxembourg qui est important tant au niveau de la politique de l'emploi qu'au niveau de l'économie nationale.
- ♦ Prioritairement, il y a lieu de protéger les milliers de postes de travail concernés auprès des compagnies aériennes, des agents « handling » et des entreprises de transport routier dépendant du "Findel".
- ♦ L'OGB♦L se rend compte qu'un large consensus est nécessaire en vue d'unifier tous les intérêts (emploi, économie, écologie et politique communale).
- ♦ Due à la politique de libéralisation menée par Bruxelles, il y a lieu de préparer au mieux ce dossier, ensemble avec la nouvelle société d'exploitation Luxairport SA, pour que l'aéroport "Findel", un des piliers de l'économie luxembourgeoise, puisse survivre.
- ♦ Aux fins de répondre aux critères de libéralisation imposés par Bruxelles, une coopération de tous les acteurs concernés s'impose. Des attitudes purement populistes voire électorales nuisent à la discussion objective souhaitée par l'OGB♦L. Dans ce contexte, l'OGB♦L renvoie à ses nombreuses démarches entamées tant au niveau politique qu'au niveau des différentes entreprises concernées.



- ♦ Pour ces raisons, l'OGB♦L lance un appel pressant au Gouvernement, pour qu'il mette en place une table-ronde "Findel" à laquelle toutes les parties concernées, c'est-à-dire les salariés, le Gouvernement, les entreprises et les Communes participeront.
- ♦ L'OGB♦L est intervenu auprès du Ministre d'Etat en vue de mettre le dossier sur l'ordre du jour de la prochaine réunion de la tripartite nationale, d'autant plus que l'Etat a une participation non négligeable auprès de Luxair et auprès de Cargolux. Le Ministre d'Etat a donné une suite favorable à la demande de l'OGB♦L.
- ♦ L'OGB♦L est intervenu auprès des Communes de Luxembourg, Sandweiler, Niederanven et Schuttrange et a lancé un appel pour que les conseillers communaux prennent leur responsabilité et votent pour le Plan d'Occupation du Sol (POS).
- ♦ L'OGB♦L avait demandé des entrevues d'urgence auprès de Luxair et Cargolux pour discuter de nouveau au sujet de la modernisation et de l'extension du Findel. Ces entrevues ont eu lieu le 23 octobre 2003.
- ♦ L'OGB♦L exige, finalement, que les discussions qui suivront soient menées d'une manière objective et transparente.

Modernisierung des Findels

OGB♦L-Aktionen zeigen Erfolg

Aufgrund der sich zuspitzenden Situation in Sachen Modernisierung des Findels, hatte der OGB♦L am 21. Oktober in einem Brief an den Staatsminister gefordert, diesen wichtigen Punkt auf die Tagesordnung der nächsten nationalen **Tripartite** einzuschreiben. Der Staatsminister stimmte dieser Forderung unverzüglich zu und untermauerte damit die nationale Dimension des Themas.

Dem OGB♦L war von Anfang an daran gelegen, eine Versachlichung der Diskussion herbeizuführen und eine objektive Analyse des Dossiers im Interesse des Landes und eines modernen Flughafens zu machen.

Daher unterstreicht der OGB♦L erneut die Wichtigkeit der von ihm geforderten **"Table Ronde"** unter Mitwirkung aller Akteure und der Leitung des Innen- und Transportministeriums, um Klarheit und Transparenz zu schaffen. Nur ein moderner Flughafen kann weiterhin ein Standbein der nationalen Wirtschaft bleiben und ist der Garant für den Erhalt von Tausenden Arbeitsplätzen, auch über den direkten Flughafenbereich hinaus.

Zeitgleich hatte der OGB♦L sich auch schriftlich an die **betroffenen**

Gemeinden gerichtet, um sie aufzufordern ihre Entscheidung in Sachen "POS - Findel" im nationalen Interesse und mit Hinblick auf die Arbeitsplatzsicherung auf Findel, zu treffen. In diesem Sinne beglückwünscht der OGB♦L die Gemeinden Sandweiler und Niederanven, die der Modernisierung des Flughafens zugestimmt haben.

Schließlich kam auch gestern ein **Treffen des OGB♦L mit den Generaldirektionen der Luxair und der Cargolux** zustande. Letztere bestätigte den Beschluss ihres Verwaltungsrates die Maintenance-Halle definitiv zu bauen, die nötigen Geldmittel dafür zur Verfügung zu stellen und die entsprechenden Genehmigungsprozeduren in die Wege zu leiten.

Der OGB♦L begrüßt diesen Schritt und verlangt, dass er im Sinne der Schaffung der bestmöglichen Arbeitsbedingungen und unter der Berücksichtigung von umweltpolitischen Überlegungen nun zügig in die Praxis umgesetzt wird.



Luxemburger Sozialwahlen auch in Dänemark

Außergewöhnlich ist es schon: Der OGB♦L-ACAL organisierte am 19. September 2003 eine Informationsversammlung für seine Mitglieder in Dänemark. Visiert sind die 261 organisierten Fernfahrer, die bei dänischen Transportunternehmen arbeiten, die ihren Sitz nach Luxemburg verlegt haben.

Padborg (DK)

Zahlreiche Kraftfahrer fanden sich im Truck-Center im Padborger Industriegebiet ein, um der Informationsversammlung ihrer Gewerkschaft beizuwohnen. Zur Diskussion standen brisante Themen wie Ausflaggen der Unternehmen mitsamt Fahrzeug und Personal, Doppelbesteuerung, Kollektivvertrag für die Fernfahrer und Sozialwahlen.

Zusammenarbeit mit dänischer Gewerkschaft

Die Informationsversammlung wurde zusammen mit der Transportabteilung der dänischen Gewerkschaft SID der Gemeinden Bov und Aabenraa organisiert. Seit Jahren pflegt der OGB♦L-ACAL eine enge Zusammenarbeit mit der SID, die aufgrund der Ausflaggung der Betriebe zustande kam.

Gegenwärtig arbeiten rund 1000 Fernfahrer, hauptsächlich aus dem deutschen Raum Flensburg-Hamburg, bei dänischen Speditionen, die ihren Sitz nach Luxemburg verlegt haben. Einige Firmen sind zur Zeit dabei, ihren Sitz weiter nach Portugal zu verlegen, weil da die

Sozial- und Steuerbedingungen noch günstiger sind als in Luxemburg.

Viele Fragen

In der anschließenden freien Aussprache wurde die Arbeit des OGB♦L-ACAL hervorgehoben. Zum ersten Mal kam eine Luxemburger Gewerkschaft eigens nach Dänemark, um eine Mitgliederversammlung zu organisieren. Viele Fragen der anwesenden Fernfahrer betrafen die Luxemburger Sozialversicherung sowie die Auslegung des Kollektivvertrags, der in den dänischen Betrieben in vielen Fällen nicht richtig angewendet wird.

Gründung einer neuen ACAL-Sektion

Beschlossen wurde eine ACAL-Sektion in Schleswig-Holstein zu gründen, die in enger Zusammenarbeit mit der dänischen Gewerkschaft SID vor Ort eine Anlaufstelle für die Kolleginnen und Kollegen einrichten wird.





**Syndicat Bois, Caoutchouc,
Céramique, Chimie, Ciment,
Papier, Plastique, Textile et Verre**

Journée syndicale

Revendications des délégués et candidats

La journée syndicale du syndicat Chimie qui a réuni une centaine de délégués en provenance de toutes les entreprises de notre secteur a retenu son programme d'action pour les années à venir. Ce programme résume les priorités du secteur. Il sera mis en œuvre par les nouvelles délégations de l'OGB♦L après les élections.

Ci-après quelques points importants du programme :

Face à des entreprises et un patronat remettant de plus en plus, et souvent de façon sournoise, en question notre modèle social, les délégués et candidats du syndicat Chimie rappellent leur ferme volonté de maintenir une politique tarifaire forte, dynamique et collective basée sur la continuité. Cette politique tarifaire ne sera rendu possible que grâce à un rapport de force favorable, constitué par un syndicat fort, tel que l'OGB♦L, majoritaire dans la plupart des entreprises du secteur.

Les délégués et candidats rappellent également au monde politique que les

réformes de la législation sur les conventions collectives, sur la représentation des travailleurs dans les entreprises et sur le droit syndical deviennent plus qu'urgentes. Il serait impensable dans ce contexte de reporter la réforme en profondeur de l'inspection du travail et des mines. Rappelons dans ce contexte la pétition de l'OGB♦L demandant l'amélioration des droits syndicaux qui a connu un grand succès et qui vient d'être déposée à la Chambre des Députés.

Seul un réel droit à l'information, à la consultation préalable et à la participation active des représentants du personnel permettra une intervention efficace de ces derniers dans le cadre de toutes leurs missions syndicales et ce pour garantir un dialogue social équitable garant d'une paix sociale durable dans les entreprises.

Dans un contexte économique tel que nous le connaissons actuellement la discussion sur la réduction du temps de travail sera plus que jamais d'actualité dans les années à venir. Les délégués et candidats revendiquent la généralisation et l'introduction légale de la 6e semaine de congés payés ainsi que le vote d'une loi-cadre visant l'introduction de la semaine des 35 heures.

Cette réduction du temps de travail devra s'accompagner d'un maintien intégral du salaire.

Un autre sujet qui va être abordé par les délégations du syndicat Bois, Caoutchouc, Céramique, Chimie, Ciment, Papier, Plastique, Textile et Verre de l'OGB♦L sera la responsabilité sociale des entreprises.

Pour le syndicat Chimie la responsabilité sociale des entreprises devra se développer dans un cadre législatif et/ou contractuel adapté en permanence. Mais, c'est aussi un processus dynamique qui doit permettre de jouer un rôle moteur pour faire progresser les situations sociales, la qualité des produits et services, le respect et l'amélioration de l'environnement, la démocratie sociale et civique.

Cette responsabilité sociale des entreprises devra s'appuyer en priorité sur :

- le développement de la qualité de l'emploi et le développement constant des compétences et des qualifications des travailleurs par la formation professionnelle considérée comme investissement de l'entreprise ;
- l'information, la consultation, la participation des travailleurs et la négociation avec leurs représentants syndicaux ;
- l'anticipation des mutations et des restructurations ;
- le respect et la promotion des droits sociaux fondamentaux tels qu'exprimés par la Charte de Nice et par les Conventions fondamentales de l'OIT.

Ces actions devront s'appuyer sur des lois et/ou des conventions collectives.

Elections sociales

Lors des dernières élections sociales de 1998 le Syndicat Chimie a pu augmenter le nombre de ses mandats de 22% chez les ouvriers et de 20 % chez les employés et ce dans les entreprises où nous avons déposé des listes. Ainsi l'OGB♦L a pu réunir à lui seul 60% de tous les mandats.

A l'époque le nombre de listes neutres, surtout chez les employés, était encore relativement élevé. Heureusement en 2003 cette tendance est à la baisse et de plus en plus d'employés font désormais confiance à l'OGB♦L. C'est ainsi que nous avons pu augmenter considérablement le nombre de candidats employés dans notre secteur. Au niveau des ouvriers, le nombre de mandats a augmenté vis-à-vis de 1998 suite à l'implantation de nouvelles entreprises.



Une salle bien remplie, preuve du dynamisme et de la capacité de mobilisation de nos militants

D'autres ont malheureusement disparu entre temps. Néanmoins le bilan reste globalement positif.

Si on analyse la répartition des sièges entre les différentes centrales syndicales, on constate que les syndicats "neutres" ont pratiquement disparu des entreprises faisant partie de notre secteur. Le LCGB détenait 26 % de tous les mandats en 1998. Ce pourcentage a baissé entre temps puisque la centrale catholique n'a su conquérir pratiquement aucune des nouvelles entreprises qui se sont implantées au Luxembourg. Dans les entreprises dans lesquelles les collègues catholiques étaient présents, ils sont tombés pour la plupart en hibernation juste après les élections et ce n'est que maintenant qu'ils se réveillent péniblement pour rappeler leur existence.

Or, des élections ne se gagnent pas moyennant des périodes d'activisme préélectoral, mais par un travail conséquent pendant toute la durée d'un mandat. Nous sommes persuadés et confiants que l'électeur saura juger lui-même de la valeur de tels agissements.

Les enjeux de ces élections sociales sont énormes

D'un côté le taux de participation aux élections pour les chambres professionnelles, les caisses de maladie ou les délégations du personnel déterminera la légitimité des acteurs syndicaux. Une faible participation aux élections sociales affaiblira tout le mouvement syndical.

D'un autre côté le choix lors de ces élections décidera du rapport de force entre les différents syndicats luxembourgeois. Par son vote, l'électeur pourra décider s'il souhaite, pour les 5 ans à venir, être représenté par un syndicat "neutre", si neutre d'ailleurs qu'on ne le retrouve pratiquement nulle part dans notre secteur. Ou s'il veut se faire défendre par une centrale syndicale catholique, largement minoritaire, qui a tendance à hiberner entre les échéances électorales. Les 5 ans à venir ne seront pas simples et le salariat au Luxembourg aura besoin d'un syndicat fort et indépendant pour défendre ses intérêts, tant au niveau national que dans les entreprises. L'OGB♦L a prouvé dans le passé qu'il est capable de le faire et avec votre

appui il continuera à assumer toutes ses responsabilités.

Jean-Claude Bernardini
Secrétaire central

et
Nico Clement
Membre du bureau exécutif



**Syndicat Bâtiment,
Artisanat du Bâtiment,
Constructions Métalliques**

ABB (Luxembourg) S.A.

Plan social signé

En date du 22 septembre 2003, la société ABB (Luxembourg) S.A. a contacté l'OGB♦L pour l'informer qu'elle envisagerait de fermer son département "Installations" et a demandé d'entamer les négociations d'un plan social pour 29 salariés concernés.

La décision de fermer la division "Installations" était une décision de l'actionnariat d'ABB, non liée à la conjoncture. En effet, depuis que la décision de fermeture avait été prise, ABB n'a plus conclu de nouveaux contrats d'installation. ABB a licencié en Allemagne à peu près la moitié de son effectif dans le secteur et a vendu son département installation en Belgique.

Les négociations du plan social ont commencé le 26 septembre 2003 et en date du 9 octobre, un accord a été trouvé.

Le plan social conclu prévoit une enveloppe d'indemnités de départ correspondant à environ 2,5 fois le préavis légal. Cette enveloppe est répartie entre les salariés en fonction de leur ancienneté, de leur âge et de leur situation familiale.

Lors d'une réunion en date du 9 octobre, les salariés concernés ont voté à l'unanimité pour l'acceptation du plan social.

A noter que le LCGB, dûment informé et convoqué par la direc-

tion d'ABB, n'a pas estimé nécessaire de participer aux négociations.



Syndicat Services publics

**Escher Schöffenrat
zeigt Rückgrat**

**Entscheidung über
Liberalisierung des städtischen
Elektrizitätswerkes vertagt!**

Der OGB♦L hatte in einer Pressemitteilung und einem Schreiben an den Schöffenrat der Stadt Esch/Alzette, die Vertagung des Punktes über die Liberalisierung des Escher Elektrizitätswerkes, der in der Gemeinderatssitzung vom 3. Oktober, hätte zur Abstimmung gelangen sollen, gefordert. Daraufhin teilten uns die politischen Entscheidungsträger mit, dass Sie entschieden haben dieser Forderung nach zu kommen.

Wohl wissend, dass einige Akteure dies nun als Schwäche des Schöffenrates darlegen werden, erkennt der OGB♦L seinerseits diesen Entschluss als Stärke an und unterstreicht, dass der Schöffenrat mit seiner Entscheidung, die Dialogbereitschaft der Dreier-Koalition aus LSAP, Déi Gréng und Déi Lénk erkennen hat lassen. Sie stimmt uns zuversichtlich für die anstehenden Diskussionen unter Sozialpartnern.

Der OGB♦L wird sich nun darum bemühen, eine Lösung im Interesse aller Parteien, in erster Linie des Personals, aber auch im Interesse der Stadtverwaltung im Dialog mit den politischen Verantwortlichen herbeizuführen.

Diese Diskussionen können jetzt in einem fairen, konstruktiven und undogmatischen Dialog stattfinden, was sich bei einer anders gelagerten Entscheidung des Schöffenrates sicherlich schwieriger erwiesen hätte.

OGB♦L bei Bautenministerin Erna Hennicot-Schoepges

Zusätzliches Personal für die Straßenbauverwaltung gefordert

Kürzlich fand eine Unterredung des OGB♦L, vertreten durch den Zentralsekretär Tom Jungen, den "délégué permanent", Ed. Biot, den Ausschusspräsidenten Guy Scholzen und den Sekretär des Arbeiterausschusses der Straßenbauverwaltung, Ed. Becker mit Bautenministerin Erna Hennicot-Schoepges statt. Des Weiteren nahmen die Herren Robert Jopa vom Bautenministerium, Nico Marmann und Emile Elsen und Carlo Bintz (Ponts & Chaussées) an dieser Unterredung teil.

Diese Zusammenkunft war vom OGB♦L im Zusammenhang mit dem Staatsbudget 2004 und verschiedenen Reorganisationen innerhalb der Straßenbauverwaltung beantragt worden.

Die OGB♦L Delegation unterstrich nochmals die Notwendigkeit von Neueinstellungen bei der Straßenbauverwaltung, da seit 1992 das Personaleffektiv quasi stagniert. Dies obwohl seither zusätzliche Aufgabenbereiche, wie die Autobahn Luxemburg-Trier, die Nordstraße und die Saarautohahn hinzukamen und ein Teil von Arbeitern in das noch zu schaffende Wasserwirtschaftsamt ausgelagert wurden. Dabei wurde nochmals betont, dass es für die Verwaltung selbst, aber auch für das Personal immer schwieriger würde, die anfallenden Arbeiten in der erwarteten Qualität und in einer annehmbaren Zeit, erfüllen zu können. Auch wurde die Problematik des Ersetzens bei Abgängen in den Ruhestand angesprochen.

Die Ministerin kannte die Argumentation des OGB♦L und der Personalvertreter wohl an, da sie sich einer ganzen Reihe von Problemen auch bewusst sei, erklärte jedoch, dass es aufgrund des Einstellungsstopps für 2004, unmöglich sei, zusätzliches Personal einzustellen. Sie versprach, genau wie der OGB♦L, nochmals beim Staatsminister, beziehungsweise der "Commission d'économisation et de rationalisation" zu intervenieren, um Abgänge schneller zu ersetzen und das bestehende Arbeitereffektiv abzusichern.

Außerdem wurde über den allgemeinen Zustand der Aufenthaltsräume und sanitärer Anlagen einzelner Brigaden der "Ponts & Chaussées" diskutiert, wobei die OGB♦L-Delegation unterstrich, dass es schnellstmöglich zu teilweisen Verbesserungen durch Renovationen kommen müsste. Die Ministerin versprach zu versuchen, im Rahmen des Haushaltsplanes von 2004 diverse Kredite für notwendige und überfällige Arbeiten zu befreien und bat die Direktion der Straßenbauverwaltung einen kurz- und mittelfristigen Prioritätenplan aufzustellen.

Abschließend wollte die OGB♦L Delegation Informationen über eine eventuelle Reorganisation der Arbeitszeiten im "Service Grande Voirie" erhalten. Frau Hennicot-Schoepges bestätigte zum einen, dass es Überlegungen gegeben habe, einen Großteil der Arbeiten auf dem Autobahnnetz auf die Nacht zu verlegen, um so schneller und mit weniger Verkehrsbehinderungen arbeiten zu können. Diese Idee sei für sie und ihre Dienststellen jedoch vom Tisch, dies hauptsächlich wegen Mangel an Personal und wegen der aktuell angespannten wirtschaftlichen Situation im Bausektor.

Der OGB♦L begrüßt diese Entwicklung, da diese Reorganisation neben der Verschlechterung der Arbeitsbedingungen der Arbeiter, ebenfalls erhebliche Gefahren im Bereich der Sicherheit geborgen hätte, sowie zu Schwierigkeiten beim Bereitschaftsdienst geführt hätte und sowieso ohne Neueinstellungen unmöglich realisierbar gewesen wäre.

Das Gespräch, das in einem äußerst offenen und konstruktiven Charakter verlief, brachte leider keine Einigung beim leidigen Thema des zusätzlich erforderlichen Personals. Daher wird der OGB♦L auch weiterhin bei anderen staatlichen Instanzen intervenieren, um endlich, im Interesse aller Parteien, zusätzliche Personaleinstellungen vorzunehmen. Sie ist letztlich auch die einzige effiziente Maßnahme zur Vorbeugung von Privatisierungen bei der Straßenbauverwaltung.



Eurostat – Affäre

PLANISTAT- den Schlüssel unter die Matte gelegt ...

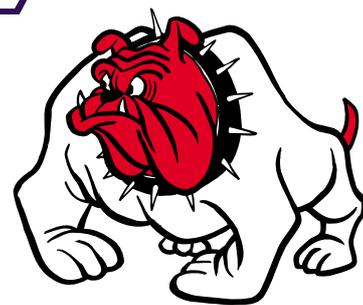
Planistat, eine der Firmen der dem Beschluss der EU-Kommission zufolge alle Verträge aufgekündigt wurden, die durch das europäische Statistikamt Eurostat verteilt worden waren, hat nun endgültig den Schlüssel unter die Matte legen müssen.

Am 9. Oktober wurde seitens des Firmenmanagements, dessen Möglichkeiten das Personal weiter zu beschäftigen und vor allem weiter zu bezahlen nun endgültig erschöpft sind, Konkurs angemeldet. Tags darauf wurde den völlig überraschten Mitarbeitern, die bis zu jenem Zeitpunkt ihrer Arbeit gewissenhaft nachgegangen sind, erklärt, sie möchten doch bitte die Arbeit niederlegen und den Arbeitsplatz verlassen, da die Firma auf Grund des Konkursbescheids ab sofort stillgelegt werde.

Da sich für die Mitarbeiter der Firma Planistat vor allem die Frage auftut, wie es den nun weitergehen soll, hatte der OGB♦L - im übrigen die einzige Gewerkschaft, die seit Bekanntwerden der Eurostat-Affäre mit Rat und Tat den Mitarbeitern der betroffenen Eurostat Subunternehmen beistand - zusammen mit der ADEM am Donnerstag, den 16. Oktober alle Mitarbeiter der Firma Planistat zu einer Aufklärungssitzung ins Casino de Bonnevoie eingeladen.



Chiennne de Vie



Frontaliers, le bout du tunnel ?

Au début des années 80, le maire de la ville d'Audun-le-Tiche, Angel FILIPETTI, avait alerté les pouvoirs publics de l'augmentation du trafic routier avec le Luxembourg et préconisait déjà à ce moment-là, une voie de contournement de la vallée. Cependant, malgré le nombre de véhicules s'intensifiant sans cesse au fil des années, les responsables gouvernementaux successifs estimaient que ce n'était pas une priorité (bien sûr, quand on a une escorte pour se déplacer, les bouchons, les retards, le stress..., on ne connaît pas).

Il aura fallu plus de vingt années pour qu'enfin, grâce à la détermination, la fermeté et à l'obstination des élus de la ville et le soutien de la population, le projet de contournement de la ville d'Audun-le-Tiche, devienne réalité.

Le 03 octobre 2003, le préfet de région a confirmé au maire de la ville sa volonté de lancer l'enquête d'utilité publique.

Il faut noter également que du côté Meurthe et Moselle les choses ont également évolué positivement, puisque le département travaille sur un projet (liaison avec le contournement mosellan sur le site de Micheville, contournement de Villerupt et Thil et raccordement sur le RN 52 à la hauteur de Bréhain-la-Ville).

Les habitants et travailleurs frontaliers peuvent donc dans un futur proche (le futur proche étant quant à lui une question d'appréciation), espérer retrouver des conditions acceptables de circulation.

Mais, la réalisation de ce contournement routier ne résoudra pas tous les problèmes de circulation rencontrés par les travailleurs frontaliers.

Les flux transfrontaliers ne nécessitent pas seulement des infrastructures routières, mais également des efforts en matière d'équipements ferroviaires et de transport en commun. Cela suppose également une collaboration très étroite entre les pouvoirs publics français et luxembourgeois ainsi qu'une volonté commune de donner des moyens pour diminuer les nuisances dues à ces flux transfrontaliers et de diminuer les problèmes rencontrés par les frontaliers sur la route.

Rendez-vous donc au premier coup de pioche.

Frontaliers, encore un peu de patience...

... il semble que l'on entrevoie la sortie du tunnel. Espérons qu'elle ne se sera pas rebouchée d'ici là, car le problème des bouchons, ralentissements et accidents, ne risque-t-il pas d'être simplement déplacé sur le contournement d'Audun-Le-Tiche pour finir au Luxembourg.

Il reste quand-même un point positif: le désenclavement des cités avec une certaine quiétude retrouvée pour les habitants.

Philippe Manenti

Inauguration des nouveaux locaux de la section des frontaliers français de l'OGB•L à Audun-le-Tiche

C'est le 24 septembre 2003 qu'a eu lieu, en présence de nombreuses personnalités politiques et syndicales luxembourgeoises et françaises, l'inauguration officielle des nouveaux bureaux de la section des frontaliers français de l'OGB•L au 64, rue Foch (anciennement CMDP, face à la poste) à Audun-Le-Tiche.

Depuis 1972, l'OGB•L a toujours œuvré dans l'intérêt des travailleurs frontaliers français travaillant au Luxembourg et cette nouvelle acquisition des bureaux à Audun-le-Tiche fait partie de la continuité de la politique du syndicat en faveur de ces travailleurs qui tiennent une place toujours plus importante dans l'économie du Grand-Duché.

Cet "investissement" considérable est un gage de confiance pour l'équipe en place et un acte de solidarité important pour les plus de 8.500 membres frontaliers français au sein de l'organisation ainsi que pour l'ensemble des travailleurs frontaliers français au Luxembourg.

C'est un "outil de travail" performant et efficace qui est mis à la disposition de la section des frontaliers et à la mesure des ambitions de l'OGB•L et de la section pour les années à venir en matière de défense des droits et intérêts des frontaliers français au Grand-Duché.

Pour l'instant, les jours de permanences ainsi que les numéros de téléphone et fax restent inchangés.

Pour tout problème, n'hésitez pas à nous contacter.





Jean-Claude Reding
Generalsekretär

Point de Vue.de

**Unsere Alternative
Kaufkraft erhalten, soziale Sicherheit,
Chancengleichheit garantieren, Demokratie
in der Arbeitswelt verwirklichen**

Am Dienstag, den 14. Oktober 2003, pünktlich zur parlamentarischen "Rentrée" hat der OGB•L dem Parlamentspräsidenten eine Petition für eine Modernisierung der Gesetzgebung über die Personalvertretungen und die Mitbestimmungsgesetze überreicht.

14.929 Gewerkschaftsmilitanten, unter ihnen Tausende von Personalvertretern, haben diese Petition unterzeichnet.

Die Regierung aber auch das Parlament sind damit gefordert. Insbesondere der Arbeitsminister täte gut daran, schnellstens ein Reformprojekt auf den Instanzenweg zu bringen, das zu wesentlichen Verbesserungen führte. Ansonsten wird sich die Abgeordnetenversammlung in den nächsten Wochen vorrangig mit dem Staatshaushalt für 2004 beschäftigen. Das Haushaltsprojekt für 2004 wurde in einem schwierigen wirtschaftlichen Umfeld erstellt. Für manche Beobachter, für manche Parteipolitiker war es anscheinend erstaunlich, dass seitens der Gewerkschaften keine grundsätzlichen Einwände vorgebracht wurden.

Im Gegenteil, die Gewerkschaft begrüßte grundsätzlich die antizyklische Ausrichtung des Staatshaushaltes. Dies ist auch der Grundtenor der Gutachten der Salarialskammern, die jedoch auch darauf hinweisen, dass die derzeitige Haushaltspolitik nur kurzfristig haltbar ist und dass wir in der Europäischen Union dringend eine andere Wirtschafts-, Finanz- und Haushaltspolitik brauchen. Der Stabilitätspakt muss reformiert werden.

Darüber hinaus ist es aber definitiv an der Zeit, die längst überfällige Zukunftsdebatte zu führen. Die politischen Parteien sind gefordert zu sagen, wie sie es sich vorstellen unseren Sozialstaat bei niedrigeren Wachstumsraten zu erhalten, wie sie zur Forderung nach mehr Demokratie in der Arbeitswelt stehen, was sie zu tun gedenken, damit es mehr Chancengleichheit und Chancengerechtigkeit in unserem Bildungswesen und darüber hinaus in allen anderen gesellschaftlichen Bereichen gibt, ob und wie sie es erreichen wollen, dass ganz allgemein das Bildungs- und- Ausbildungsniveau sich erhöht, wie sie sich die Entwicklung unserer Wirtschaftsstruktur vorstellen.

Klare Aussagen sind umso notwendiger, als die Vorschläge der neoliberalen Theoretikern der OECD aus Paris bekannt sind. Sie predigen unverblümt Sozialabbau beim Arbeitslosengeld,

bei den Renten, beim Arbeitsrecht. Ähnliches wird seitens der EU-Kommission unter dem Begriff der Strukturreformen gefordert. Diese politischen Rezepte werden seit nunmehr fast 20 Jahren in Europa angewandt. Wirtschaftlich haben sie die EU in Schwierigkeiten gebracht, sozial haben sie die Ungleichheiten in unserer Gesellschaft erhöht, Arbeitslosigkeit, Armut und Unsicherheit verstärkt, gesellschaftspolitisch sind sie für den Aufschwung von Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus verantwortlich.

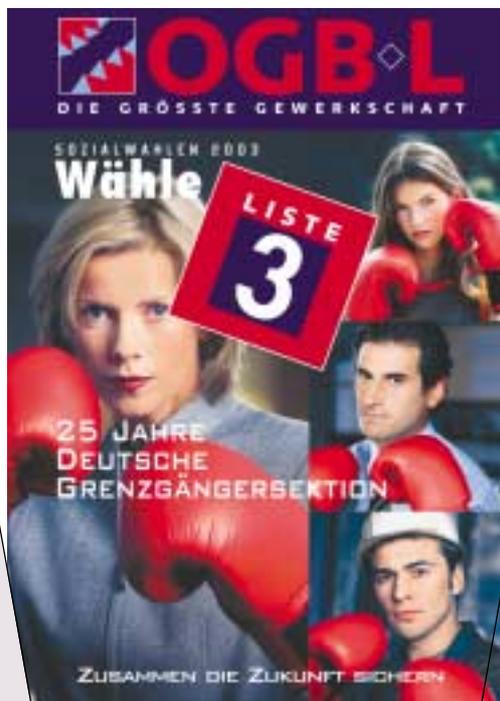
Der OGB•L begrüßt, dass bislang alle verantwortlichen Politiker in Luxemburg auf Distanz zu den Thesen der OECD-Theoretikern gehen. Dies gilt auch für ihre verheerenden Ratschläge in der Bildungspolitik. Eine Trennung unseres Schulwesens in eine französisch- und eine deutschsprachige Schule würde die sozialen Trennungen und die Chancengleichheit in Luxemburg noch weiter verschärfen. Ein soziales Apartheidsystem wäre ein Desaster für Luxemburg.

Wir brauchen Reformen, aber es müssen positive Reformen sein. Wir brauchen Reformen die wirtschaftliche Entlassungen erschweren, die Alternativen zur Arbeitsplatzvernichtung fördern.

Warum sollten wir nicht Arbeitszeitverkürzung als Alternative zu Entlassungen, finanziell über den "Fonds pour l'emploi" unterstützen? Dies wäre für die Betroffenen wesentlich menschlicher und darüber hinaus würde es die Gelegenheit bieten, Restrukturierungen ohne Entlassungen durchzuführen. Warum tun wir uns so schwer mit dem Thema Arbeitszeit und Weiterbildung, mit einem Recht auf Teilzeitarbeit für Weiterbildung, für Erziehung oder aus Altersgründen? Warum gibt es keine Verpflichtung im Rahmen von Sozialplänen, vorrangig Alternativen zu Entlassungen zu verhandeln?

Der OGB•L hat seine Bereitschaft erklärt, Verhandlungen mit den Arbeitgebern über diese Themen zu führen. Unsere Verhandlungsbereitschaft lassen wir aber nicht missbrauchen. Falls bis Ende des Jahres diese Verhandlungen keine Resultate bringen, verlangen wir, dass die Politik ihre Verantwortung im Interesse der Arbeitnehmer und der Vollbeschäftigung übernimmt.

Dans le cadre des élections sociales, l'OGB♦L vient d'éditer deux brochures à l'intention des frontaliers belges et français. Ces brochures sont disponibles dans tous nos bureaux.



In allen Regionalbüros erhältlich.



Institut de Formation Economique et Sociale

Le programme de formation de novembre à décembre 2003

REF.	DATE	INTITULE DU COURS/SEMINAIRE	NIVEAU/MODULE	LANGUE
3150	28.11.2003	Alkoholmissbrauch im Betrieb	-	L/A
3220	01-02.12.2003	Mobbing und sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz	-	L/A
3073	04-05.12.2003	Le bien-être au travail : maîtrise des risques professionnels	1	F
3200	10-11.12.2003	Les discriminations au travail	-	F

Les cours se tiennent en langue luxembourgeoise (L), allemande (A) et française (F).



Ces séminaires sont soutenus par le Fonds Social Européen (FSE).

Pour toute inscription ou renseignement complémentaire veuillez vous adresser au secrétariat de l'IFES tél. : 26 66 13 – 1 ou par courrier électronique: ifes@ifes.lu



John Castegnaro
Président

Ensemble, assurons l'avenir Voter pour la liste 3, c'est avoir son mot à dire !

Le 12 novembre 2003, jour où seront élus les délégués du personnel, s'achèvera la campagne pour les élections sociales. L'OGB•L est confiant en ce qui concerne les résultats. Au cours des dernières années, nous avons fait du bon travail. Qui plus est, nous avons présenté les meilleurs candidats et candidates. Soutenu par ses quelque 55.000 affiliés, l'OGB•L représente une force syndicale qu'il est difficile d'ignorer. Au sein des entreprises, sur le plan national, dans les régions frontalières et même à l'échelle européenne, l'OGB•L se manifeste par le biais d'actions positives et concrètes, mises en œuvre dans l'intérêt des travailleurs.

Campagne électorale ?

Les deux syndicats représentatifs sur le plan national ont mené une campagne coûteuse. En fait, il s'agissait bien plus d'une campagne de sensibilisation et de motivation visant à accroître le taux de participation électorale. D'autres se sont contentés de polémiquer ou de jouer de sous-entendus et de mensonges, pour lesquels ils devront d'ailleurs ultérieurement assumer la responsabilité.

Bien que les élections sociales soient, tous les cinq ans, le point d'orgue des activités syndicales, les affaires quotidiennes continuent à être traitées - du moins par l'OGB•L ! Ainsi, au cours des semaines écoulées, nous avons fait entendre notre voix afin de signaler les dysfonctionnements que nous avons remarqués et n'avons pas négligé les responsabilités qui sont les nôtres dans les entreprises. La priorité première de notre action syndicale est la représentation des intérêts des travailleurs actifs et pensionnés. En somme, pas d'interruption de notre travail, même pendant la campagne électorale. Nous sommes bien conscients que ralentir signifierait nuire aux intérêts de ceux que nous défendons.

15.000 signatures...

... pour plus de droits en faveur des délégués : tel était le sujet de la pétition remise le 14 octobre dernier au président du Parlement. Un autre point fort de notre campagne de mobilisation pour une plus grande démocratie sur le plan économique et donc pour une meilleure qualité de vie sur le lieu de travail. Le Gouvernement a déjà réagi à nos pressions, puisqu'il a lancé une procédure qui vise à adapter la législation concernée à la réalité. Mais trop tard, hélas, et pas dans le sens qui permettrait aux délégués d'entreprise d'être

mieux protégés et de disposer de plus de droits dès le 1er janvier 2004. C'est pourquoi nous ne lâcherons pas prise et avons décidé de clouer au pilori, même après les élections sociales, les entreprises qui auront usé de méthodes peu scrupuleuses afin d'empêcher le déroulement des élections dans le respect des principes démocratiques ou qui auront exercé des pressions sur les candidats.

Epreuve de force sociale

Le Gouvernement a souligné, au moment de présenter le budget national 2004, qu'il n'y aurait aucune remise en cause des acquis sociaux. Quelques semaines plus tard, nous avons été mis devant le fait accompli : sans consulter les partenaires sociaux, sans les en informer, la participation de l'Etat au financement des soins de santé a été réduite de 45 % à 40 %, soit 11 millions d'euros qui disparaissent dans le budget général. Force est de considérer cette décision comme une rupture unilatérale du contrat social. Nous osons espérer qu'elle ne constitue pas la première étape d'une déresponsabilisation de l'Etat.

Le financement du déficit considérable des caisses de maladie, supérieur à 80 millions d'euros, risque de muer en une épreuve de force entre les syndicats, le patronat et le gouvernement. Les employeurs exigent l'abolition de la continuation de salaire en cas de maladie et le gouvernement rejette tant une augmentation des cotisations que sa prise en charge du déficit. Pour sa part, l'OGB•L a à maintes reprises exprimé clairement son refus de toute dégradation des prestations.

Il n'en demeure pas moins que, dans le cadre de la politique de libéralisation communautaire, les prestations sociales seront privatisées, entraînant une baisse de leur qualité. La conséquence : des pensions et une assurance maladie privées, donc une protection des travailleurs et de leurs familles loin d'être sociale ou égalitaire. Au bout du compte, une société à deux vitesses. Dans ce cadre également, l'OGB•L oppose un refus catégorique.

Politique tarifaire continue

L'OGB•L mise comme par le passé sur la conclusion de conventions collectives pour une adaptation réfléchie des conditions de travail et de salaire. La plupart des conventions collectives sont le fait de l'OGB•L. Nous sommes par ailleurs le porte-parole du personnel hospitalier dans le cadre du renouvel-

lement de leur convention collective, dont nous attendons qu'elle impose une nouvelle donne pour ce qui est des conditions de travail et donc de la qualité de vie au sein d'une profession difficile et aux multiples responsabilités. Ceci vaut d'ailleurs également et plus que jamais pour toutes les professions, compte tenu des charges de plus en plus écrasantes auxquelles sont soumis les travailleurs. Moins de personnel, plus de productivité, plus de flexibilité et donc davantage de stress sont les facteurs à l'origine de maladies, voire d'invalidités.

Stressberodungsstell (Service national de conseil sur le stress)

Ce service national qu'ont mis sur pied l'OGB•L et la Ligue d'hygiène mentale fonctionnera dès 2004 en tant que point de contact professionnel pour les victimes du stress, lesquelles se voient garantir une totale confidentialité. Qui plus est, nous tenterons de conclure avec les employeurs un accord visant à lutter contre ce nouveau fléau.

Le monde du travail a subi de profondes mutations au cours des dernières années. Modernisation, rationalisation et recherche du plus grand profit sont devenus les centres de préoccupation, au détriment de l'être humain. Les choses doivent changer. L'OGB•L s'y engage.

Voter pour la liste 3, c'est avoir son mot à dire quant à l'avenir !

La force et la solidarité de l'OGB•L ont été et sont encore à la base de nombreux changements. Maints dysfonctionnements ont été éradiqués grâce à elles. Qu'il s'agisse des affaires Kralowetz ou DH Logistics, de notre intervention engagée pour un aéroport moderne, de notre combat contre une nouvelle loi sur les loyers anti-sociale, de notre lutte contre les propositions visant à remettre en cause des acquis formulés par l'OCDE et d'autres gratte-papier : l'OGB•L monte toujours au créneau, quel que soit le domaine. Notre capacité à nous imposer face à d'autres parties prenantes dépend de nos résultats aux élections sociales.

« Ensemble, assurons l'avenir »

**Votons pour les candidates
et les candidats de la liste 3
de l'OGB•L**

Juntos asseguramos o futuro

Escolher a Lista 3 significa ter opinião!

John Castegnaro
Presidente



Quando no dia 12 de Novembro de 2003 forem escolhidos os delegados dos conselhos de empresa, fica completa a campanha eleitoral sindical. A OGB•L está confiante quanto aos resultados. Atingimos bons resultados nos últimos anos e temos os melhores candidatos e candidatas. Com o apoio dos seus cerca de 55.000 membros, a OGB•L representa uma força incontornável. Nas empresas, a nível nacional, nas regiões fronteiriças e no plano europeu, a OGB•L faz-se notar através das suas acções positivas e concretas, na defesa dos interesses dos trabalhadores.

Campanha eleitoral?

Os dois sindicatos com representatividade nacional levaram a cabo uma campanha eleitoral ou antes uma campanha de sensibilização e motivação dispendiosa, com o objectivo de aumentar a participação nas eleições. Outros, levantaram polémicas ou actuaram utilizando insinuações e falsidades, pelas quais também terão que assumir mais tarde as responsabilidades.

Mesmo representando as eleições sindicais um ponto alto na actividade sindical de cinco em cinco anos, a actividade diária vai muito para além disso – pelo menos para a OGB•L! Estivemos sempre presentes também nas últimas semanas, apontámos as falhas através das nossas tomadas de posição e assumimos as nossas responsabilidades nas empresas. A primeira prioridade da nossa acção sindical é a representação dos interesses dos trabalhadores no activo e dos reformados. Não existe qualquer paragem, nem mesmo durante a campanha eleitoral. E quem se deixa dormir, prejudica aqueles que é suposto defender.

15.000 Assinaturas ...

... por mais direitos para os delegados sindicais, foram entregues pela OGB•L ao presidente do Parlamento no dia 14 de Outubro, um outro ponto alto da nossa campanha de mobilização por mais democracia económica e com ela uma melhor qualidade de vida no local de trabalho. O governo reagiu de imediato à nossa pressão e está neste momento a tentar ajustar as respectivas leis à realidade. Infelizmente é muito tarde e apenas, que os novos delegados sindicais a partir de 1 de Janeiro de 2004 dispõem de mais protecção e direitos. Iremos aumentar a pressão e

mesmo depois das eleições sindicais apontaremos o dedo àquelas empresas que impediram eleições democráticas com métodos grosseiros ou que pressionaram os candidatos.

Teste de força social

Na apresentação do orçamento geral do estado para 2004, o governo sublinhou que não haveria qualquer degradação social. Semanas depois constatámos que sem informar nem consultar os parceiros sociais, a participação do estado no financiamento dos seguros de saúde foi reduzida de 45% para 40% tendo com isto sido retirados 11 milhões de euros ao orçamento. Esta é uma quebra unilateral do pacto social e esperamos que não signifique uma primeira etapa na fuga do estado ao cumprimento das suas responsabilidades.

O financiamento dos mais de 80 milhões de euros de déficit para com as Companhias de Seguros de Saúde está em risco de se tornar um teste de força entre os sindicatos, o patronato e o governo. Os patrões exigem a abolição do pagamento continuado dos salários em caso de doença, o governo recusa-se a aumentar as suas contribuições por causa do déficit! A OGB•L, por seu lado, já deixou claro várias vezes, que não aceitará qualquer deterioração na prestação dos serviços de saúde.

Permanece o facto de que, no âmbito da política de liberalização social da UE, os serviços sociais deverão ser privatizados e com isso piorados. Companhias de seguros de pensões e de saúde privadas e com elas uma protecção desigual e anti-social dos trabalhadores e das suas famílias - ou seja, uma sociedade de 2 classes – seriam a consequência. Também aqui a OGB•L diz claramente Não.

Uma política contínua de contratos colectivos de trabalho

A OGB•L continua a favorecer a celebração de contratos colectivos de trabalho como forma de conseguir os seus objectivos em termos de salários e condições de trabalho. A maioria dos contratos colectivos têm a marca da OGB•L. Também somos responsáveis no conflito para a renovação do contrato colectivo do sector hospitalar. Este contrato deve-

rá estabelecer novas regras sobre quais devem ser as condições de trabalho e, consequentemente, a qualidade de vida numa profissão exigente e de responsabilidade. Isto é hoje válido e cada vez mais para todas as profissões, devido ao fardo cada vez mais pesado que os trabalhadores têm que suportar. Menos pessoal, mais produtividade, mais flexibilidade e com isto uma pressão intensa que chega a causar doenças ou até invalidez.

"Stressberodungsstell"

A partir de 2004 começará a funcionar o serviço nacional de apoio às vítimas de stresse, criado pela OGB•L em conjunto com a Liga de Higiene Mental. Este serviço actuará como um serviço profissional e confidencial para as vítimas de stresse. Paralelamente, tentaremos assinar um acordo com o patronato com a finalidade de lutarmos em conjunto contra este novo fardo.

O mundo do trabalho tem sofrido mudanças fundamentais desde há alguns anos. A modernização, a racionalização e a procura por maiores lucros, afastaram o ser humano do centro das atenções. Isto tem que ser mudado, e é por isso que a OGB•L luta.

Escolher a Lista 3 significa ter uma palavra a dizer sobre o futuro!

Com a força e a solidariedade da OGB•L muito tem sido e continuará a ser feito, muitas falhas têm sido postas a descoberto. Como exemplos podemos citar os casos Krawietz ou DH Logistics, o nosso empenho consequente por um aeroporto mais moderno, contra uma nova lei do arrendamento socialmente injusta, contra as sugestões de deterioração das regalias sociais da OCDE e de outros políticos de secretária. A OGB•L está sempre em campo, o nosso raio de acção é enorme. Quanto melhores forem os nossos resultados nas eleições sindicais, tanto maior será a nossa força de concretização.

**"Juntos asseguramos o futuro,
significa escolher a Lista 3 e com ela
os candidatos e as candidatas
da OGB•L"**

Accord de coopération entre l'OGB♦L et la CGTP-IN

En date du 12 juin 2003, le secrétaire général de la CGTP-In, Manuel Carvalho da Silva et le président de l'OGB♦L, John Castegnaro ont signé à Lisbonne un accord de coopération afin de renforcer les relations bilatérales qui existent depuis des années entre les deux organisations syndicales.

L'accord prévoit entre autres

- ♦ le renforcement du service d'assistance aux travailleurs portugais
- ♦ l'organisation d'initiatives annuelles de solidarité envers l'immigration portugaise
- ♦ l'engagement des deux confédérations syndicales en faveur de la libre circulation des travailleurs, dans la lutte contre le dumping social, pour la protection sociale et pour la défense des droits sociaux et civiques des travailleurs migrants ;
- ♦ Dans le domaine de la sécurité sociale et notamment des pensions, l'étude des moyens pour mieux accompagner les procès, afin de mieux protéger les droits des travailleurs et des retraités ;
- ♦ l'échange d'informations sur les contingents des travailleurs qui immigreront et de ceux qui rentrent définitivement au Portugal ;

- ♦ computation des années d'affiliation dans chacune des deux organisations syndicales pour le stage éventuellement requis pour la prestation des services offerts. En plus le travailleur, membre de l'une des deux organisations, pourra s'adresser au service juridique de l'autre organisation pour se faire conseiller en cas de besoin ;
- ♦ développement des échanges syndicaux à différents niveaux et collaboration dans les domaines de la formation syndicale et professionnelle



Accord de coopération entre la FGTB Liège-Huy-Waremme et l'OGB♦L

Conscients de l'évolution européenne et du développement de la Grande Région, considérant le développement d'un véritable marché de l'emploi transfrontalier, se référant à la longue tradition de collaboration entre la FGTB et l'OGB♦L et à leur appartenance commune à la CISL et à la CES, les deux organisations ont convenu de formaliser et de renforcer leur collaboration par un accord de coopération.

L'accord signé le 26 septembre 2003 à Liège scelle ainsi la longue tradition de collaboration entre la FGTB et l'OGB♦L et témoigne de leur volonté commune de défendre concrètement les travailleurs engagés dans l'évolution européenne et le marché de l'emploi transfrontalier.

L'accord est notamment destiné à amplifier le service de consultation juridique et sociale pour les membres frontaliers et à faire progresser la syndicalisation des travailleurs frontaliers. Il est également destiné à amplifier le rôle de pression politique et de défense des travailleurs frontaliers, à l'égard des pouvoirs publics.

Des travailleurs habitant la région liégeoise et travaillant pour un employeur luxembourgeois pourront désormais se présenter à une consultation juridique de l'OGB♦L à Aywaille (Belgique), rue Louis Libert, 22, (FGTB) chaque lundi et jeudi de 13h30 à 17h00.

Un accueil sera également assuré à la FGTB de Liège, Place Saint-Paul, 9, le mardi après-midi de 14 h à 16 h 30 où se tiendra également la consultation juridique pour les travailleurs habitant la région luxembourgeoise et travaillant en Belgique.



Fonds d'Education de l'OGB♦L

Subvention pour études universitaires

Le Comité National de l'OGB♦L met à disposition un crédit de plus de 50.000€ pour les bourses de l'année scolaire 2003/2004 destinées aux enfants des membres de l'OGB♦L qui font des études universitaires. Cette somme sera distribuée d'une façon égale à tous les candidats qui remplissent les conditions du règlement et qui sont retenus par la commission de l'OGB♦L.

**Dernier délai pour
le renvoi de la demande:
15 décembre 2003**

Règlement:

- 1) Le Fonds d'Education de l'OGB♦L a pour but de subventionner - par l'octroi d'une bourse annuelle - les études universitaires des enfants des membres de l'OGB♦L.
- 2) Une bourse peut être accordée pour toutes les études poursuivies dans les écoles d'Etat ou reconnues comme telles à caractère universitaire. Les cours par correspondance ou les cours du soir ne seront pas pris en considération.
- 3) Les enfants des membres de l'OGB♦L peuvent obtenir une bourse si le membre a adhéré au

syndicat avant ses 25 ans ou s'il y est affilié depuis au moins 20 ans. En outre le membre doit avoir payé dans les 5 ans qui précèdent la demande la cotisation prévue par les statuts de l'OGB♦L. En cas de décès du membre, il sera tenu compte des années écoulées depuis sa mort, sous condition que sa veuve ait continué l'affiliation.

- 4) Pour le Fonds d'Education sont considérés comme enfants:
 - a) les enfants légitimes
 - b) les enfants reconnus à l'état civil
 - c) les enfants placés dès leur jeune âge, sous la tutelle d'un membre de l'OGB♦L
 - d) les enfants d'un premier mariage du conjoint d'un membre de l'OGB♦L, pour autant qu'ils vivent sous son toit et qu'ils soient en grande partie à sa charge.
- 5) Si un membre a été repris d'un autre syndicat, il sera tenu compte des années pendant lesquelles il en a été membre. Toutefois, ce membre devra faire partie de l'OGB♦L même pendant cinq ans au minimum.
- 6) L'étudiant/e qui passe lui/elle-même la demande doit être membre de l'OGB♦L depuis au moins 5 ans.

- 7) Les bourses seront attribuées par une commission nommée par le comité exécutif. En cas de refus par la commission, le comité exécutif décidera en dernière instance. Le comité national de l'OGB♦L fixera annuellement le montant de la bourse accordée.
- 8) Il ne sera accordé aucune bourse pour les années scolaires doublées.
- 9) Les demandes pour l'octroi d'une bourse devront être présentées pour le **15 décembre** au plus tard de l'année scolaire.

Sont à joindre à la demande:

1. Une copie du diplôme de maturité requis;
2. Une attestation de l'immatriculation par l'école choisie;
3. Le cas échéant, les certificats des examens déjà passés à l'école supérieure, ainsi que des périodes de stages déjà effectués.
4. Une attestation de réussite de l'année scolaire.

Pour obtenir un formulaire de demande en obtention d'une subvention pour études universitaires, veuillez vous adresser à l'OGB♦L

60, boulevard J.F. Kennedy
L-4002 Esch/Alzette
Tél.: 54 05 45-1

IMPRESSUM

Zeitung des OGB♦L

"Unabhängiger Gewerkschaftsbund Luxemburg"

Verleger: OGB♦L "Onofhängege Gewerkschaftsbond Lëtzebuerg"

Herausgeber für den OGB♦L : John Castegnaro

60, bd. J.F. Kennedy ♦ B.P. 149 ♦ L-4002 Esch/Alzette

Editeur responsable pour la Belgique :

Yvon Moinet ♦ FOY 13 B ♦ B-6600 Bastogne

INTERNET: <http://www.ogb-l.lu> / e-mail: ogb-l@ogb-l.lu

Tel.: 54 05 45-1 ♦ Fax: 54 16 20

Die gezeichneten Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Die Redaktion behält sich Kürzungen der Beiträge vor. Les articles signés ne reflètent pas nécessairement la position de la rédaction. La rédaction se réserve le droit d'abrégier les textes.

Chefredakteur: Chantal Boly - chantal.boly@ogb-l.lu

Koordination: Maguy Baasch - maguy.baasch@ogb-l.lu

Layout: James Vallad - james.vallad@ogb-l.lu

Druck ♦ Impression: Techprint, Esch/Lankelz

INVITATION

Le département des Immigrés Differdange/Rodange
et la section de Sanem
de l'OGB♦L

invitent à leur soirée de l'amitié
Samedi, le 8 novembre 2003
au Hall polyvalent à Sanem

PROGRAMME

- 19h00 Rencontre avec les membres
Orateur : Carlos Pereira,
membre du Bureau exécutif
- 20h15 Verre de l'amitié offert par le comité
- 21h00 Grand Bal avec l'orchestre Nicky Michel
Entrée libre

Porchetta, petits pains, châtaignes
Tombola - ambiance conviviale

u Bord vun der **EUROPEAN VISION******

PÄISCHT-CROISIÈRE

vum 30. Mee bis 6. Juni 2004

Venedig Split Argostoli Patmos Kusadasi
Mykonos Piräus/Athen Venedig

Frühbucherpreise bis 30.11.03



RTL

REVUE



Är Artisten u Bord

Michael Heck, Happy Luxembourg,
The Musketeers, Fernand Neumann,
Jochen Pützenbacher,
Folklorgrupp "La Ronde",
Dan Spogen, Eislécker Theaterfrënn,
Heeschdrefer Tooterten



G.G. Anderson



3 Z' Widern



David Goldrake



Fausti



Awacs



Erny Delosch

Voyages ATOL



City Center **VOYAGES FLAMMANG**

1, rue du Commerce • L-3450 Dudelange • Tel.: 52 52 80 • Fax: 52 52 88
e-mail: dudelange@flammang.lu

LE MOT MYSTÉRIEUX

PERFORER	▼	PHARMACIE	▼	APPRÉCIE	▼	COL DES ALPES	▼	ÉLEVANT
TABLE DE TOILETTE		PARTS DANS UNE AFFAIRE		QUALIFIE UNE RIME		NOTE		
▶		▼		▼	9	▼		▼
DÉVASTER	▶							
PERSONNEL								
▶						RIGOLÉ	▶	8
DÉMONSTRATIF	▶	4	1		EFFET COMIQUE	▶	2	
MONNAIE À BUDAPEST					COQ DE BRUYÈRE			
▶					▼	APPARU	▶	
						MARQUÉ D'UN SCEAU		
CHANT FUNÈBRE	▶					▼		
DESSEIN							CALCAIRE	
▶				5				▼
ENTRÉE EN MATIÈRE	▶		MALADIE DU SEIGLE	▶				
PRIX DU SILENCE			SIFFLE					
▶	7	CAGE À POULE	▼	PLANTE POTAGÈRE	▶			A PRÉCÉDÉ L'ONU
				MESURE UN TRAVAIL				
RÉSERVER	PETITS DÉJEUNERS	▶	▼			3		▼
	VIEUX OUI							
▶	▼				LIMITÉ ABRÉGÉ	▶		6
DÉMONSTRATIF	▶		GAZON	▶	10			

A gagner:

- 1^{er} prix : 1 grand barbecue électrique
- 2^e prix : 1 petit barbecue électrique
- 3^e prix : 1 réveil-matin

Tous les membres de l'OGB♦L, à l'exception de son personnel, sont admis au jeu.

Notez le mot mystérieux sur une carte postale et adressez-la jusqu'au 15 novembre 2003 à :

OGB♦L
Service Information et Presse
B.P. 149
L-4002 Esch/Alzette

Si nous recevons plus de réponses correctes que de prix mis en jeu, les gagnants seront départagés par un tirage au sort.

Le mot mystérieux et les noms des trois gagnants seront publiés dans notre prochain numéro.

Les prix peuvent être retirés à la Centrale de l'OGB♦L à Esch/Alzette (bd. Kennedy) auprès de M. Albert Hirtz.

Ecrivez ici, lettre par lettre, le mot mystérieux

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----

IV/66 © HACHEL INT

C	E	Z	F	
F	O	N	C	A
P	O	U	R	P
B	R	U	L	E
A	V	E	N	T
T	H	E	A	U
L	A	C	T	E
M	I	L	I	E
R	I	S	S	O
P	O	S	E	E
I	T	E	R	A
O	S	E	S	I
E	S	T	E	R

09/2003 - Solution : LIEUTENANT

Krier Alphonse, Kehlen (L), 1^{er} prix
 Bourgeois Olivier, Laix (F), 2^{ème} prix
 Martin Jean-Claude, Bastogne (L), 3^{ème} prix

10

ERREURS
 FEHLER
 DIFFERENCES
 DIFERENCIAS

Découvrez les 10 différences qui existent entre les deux dessins

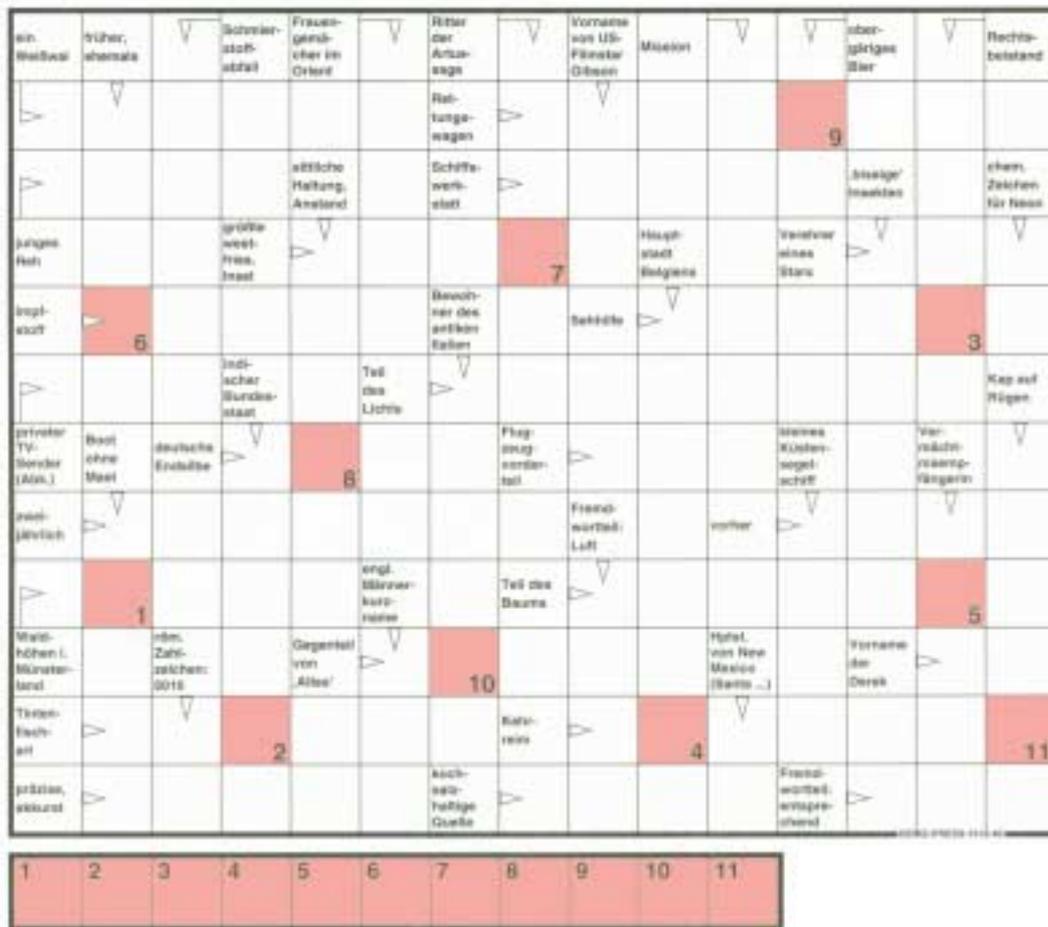
Tell the 10 differences between the two drawings

Encuentre las 10 diferencias que existen entre los dos cuadros

Die zwei Bilder unterscheiden sich in 10 Punkten. Welche ?



KREUZWORTRÄTSEL



Die Buchstaben der Felder 1 bis 11 ergeben das Lösungswort.

Zu gewinnen sind:

1. Preis: 1 großer elektrischer Grill
2. Preis: 1 kleiner elektrischer Grill
3. Preis: 1 Wecker

Teilnahmeberechtigt sind alle Mitglieder mit Ausnahme des OGB♦L Personals.

Schreiben Sie das Lösungswort auf eine Postkarte und schicken Sie diese bis zum 15. November 2003 an:

OGB♦L-Pressabteilung
Postfach 149
L-4002 Esch/Alzette

Liegen mehr richtige Einsendungen vor als Preise zu vergeben sind, so entscheidet das Los. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Auflösung und Namen der drei Gewinner veröffentlichen wir in der nächsten Nummer.

Die Gewinne können in der Escher OGB♦L Zentrale (Boulevard Kennedy) bei Albert Hirtz abgeholt werden.

10

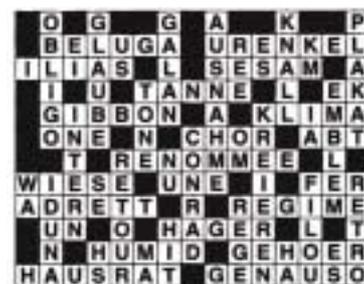
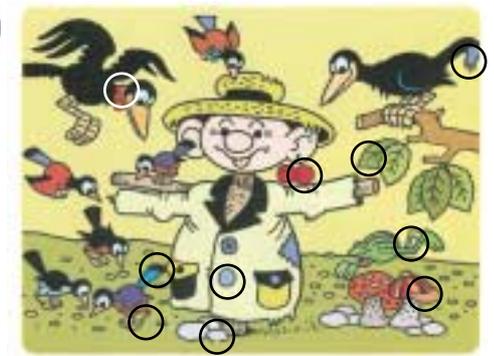
ERREURS
 FEHLER
 DIFFERENCES
 DIFERENCIAS

SOLUTION

AUFLÖSUNG

ANSWER

SOLUCIÓN



MAEHBINDER

09/2003 Lösung Kreuzworträtsel: MAEHBINDER

Krischler Gast, Belvaux
Schintgen Nico, Steinsel
Heltemes Sylvie, Esch-sur-Sûre

1. Preis
2. Preis
3. Preis

SPRECHSTUNDEN / PERMANENCES

Secrétariats	Responsables	Lundi	Mardi	Mercredi	Jeudi	Vendredi
Esch/Alzette L-4002 60, bd J.F. Kennedy Tél.: 54 05 45-1 Fax: 54 16 20	Antinori A.-M. Molitor Robert Lorang Yasmine	14.00 - 17.00 hrs	10.00 - 12.00 hrs 14.00 - 17.00 hrs		10.00 - 12.00 hrs 14.00 - 17.00 hrs	10.00 - 12.00 hrs 14.00 - 17.00 hrs
Differdange L-4620 4, rue E. Mark Tél.: 58 82 86 Fax: 58 34 56	Müller Gérard		09.00 - 12.00 hrs	14.00 - 17.00 hrs	15.00 - 18.00 hrs	
Dudelange L-3441 31, av. G.D. Charlotte Tél.: 51 50 05-1 Fax: 51 50 05-29	Clees Romain Manderscheid René	14.00 - 17.00 hrs	10.00 - 12.00 hrs 14.00 - 17.00 hrs	14.00 - 17.00 hrs	10.00 - 12.00 hrs 14.00 - 17.00 hrs	10.00 - 12.00 hrs 14.00 - 17.00 hrs
Luxembourg L-1490 19, rue d'Eprenay Tél.: 49 60 05-1 Fax: 48 69 49	Pereira Carlos Dias Eduardo Medvescek Jeff Jeblick Viviane		09.00 - 12.00 hrs 14.00 - 17.30 hrs		09.00 - 12.00 hrs 14.00 - 17.30 hrs	
Ettelbruck L-9052 6, rue Prince Jean Tél.: 81 90 01-1 Fax: 81 97 13	Arndt Frank	09.00 - 11.45 hrs (sur rdv)	08.00 - 11.45 hrs 13.00 - 16.00 hrs	13.00 - 17.00 hrs (sur rdv)	08.00 - 11.00 hrs	
Rodange L-4818 72, av. Dr Gaasch Tél.: 50 73 86 Fax: 50 44 81	Moinet Yvon Müller Gérard		14.00 - 17.00 hrs	09.00 - 12.00 hrs		14.00 - 17.00 hrs
Grevenmacher L-6720 4, rue de l'Eglise Tél.: 75 80 35	Clees Romain			15.00 - 18.00 hrs		
Wiltz L-9557 2, rue Michel Rodange Tél.: 95 72 70	Arndt Frank				14.00 - 17.00 hrs	

PERMANENZE IN ITALIANO per pensioni, infortuni, malattia e prestazioni sociali varie

Lunedì	LUSSEMBURGO	19, rue d'Eprenay	Tél.: 49 60 05-205	14.30 - 17.30
Martedì	DIFFERDANGE	Maison Syndicale	Tél.: 58 82 86	14.00 - 17.30
Martedì	WILTZ	2, rue Michel Rodange	Tél.: 95 72 70	14.30 - 18.00
Mercoledì	ESCH	60, bld Kennedy	Tél.: 54 05 45-236	9.00 - 11.30
Giovedì	LUSSEMBURGO	19, rue d'Eprenay	Tél.: 49 60 05-205	9.00 - 11.30
Giovedì	DUDELANGE	31, av. G.D. Charlotte	Tél.: 49 60 05-205	14.00 - 17.30
Giovedì	ETTELBRUCK	6, rue Prince Jean	Tél.: 81 90 01-1	14.30 - 18.00
Venerdì	ESCH	60, bld Kennedy	Tél.: 54 05 45-236	14.30 - 17.30



Per le permanenze a Rodange si prega prendere appuntamento al numero 54 05 45-236

SPÉCIAL FRONTALIERS

Frontaliers français: * 64, rue Maréchal Foch (face à la Poste)

 B.P. 41 - F-57390 Audun-le-Tiche

Tél.: (0033) 3 82 50 32 50+

Fax: (0033) 3 82 50 32 53

email : ogbl@wanadoo.fr

Mardi et vendredi (vend. sur rdv): 14.00 - 18.00 hrs

Jeudi: 16.00 - 18.00 hrs

* 2, rue des Ecoles - F-57330 Volmerange-les-Mines

Tél.: (0033) 3 82 50 61 51

Lundi et jeudi : 15.30 - 17.00 hrs

* 8, rue du Cygne - F-57100 Thionville

(bureau de l'union locale CGT)

Tél.: (0033) 3 82 54 27 90

Mercredi: 14.00 - 17.00 hrs

Frontaliers belges: * 80, rue des Martyrs - B-6700 Arlon

 Tél.: (0032) 63 23 00 50

Fax: (0032) 63 22 64 32

Jeudi: 09.00 - 12.00 hrs / Après-midi sur RDV

* FGTB rue des brasseurs, 8a - B-Bastogne

Tél.: (0032) 61 21 19 87

Samedi: 09.00 - 12.00 hrs

Deutsche Grenzgänger: * Burgweg 10 - D-54646 Bettingen

 Wolfgang Schnarrbach

Tel.: (0049) 6527 - 12 79

Fax: (0049) 6527 - 93 38 61

E-Mail: W.Schnarrbach@T-Online.de

CONSULTATIONS EURES TRANSFRONTALIÈRES

Permanences des conseillers EURES

Sprechstunden der EURES-Berater



- de l'EURES PED:
Yvon Moinet à Rodange et à Arlon
- de l'EURES Sarre-Lor-Lux Rhénanie-Palatinat /
der EURES Saar-Lor-Lux-Rheinland-Pfalz
Romain Clees in Dülelingen und Grevenmacher
à Dudelange et à Grevenmacher

OGB-L - CMB

tous les **mercredis** et **vendredis** de 14.30 à 17.00 hrs

FGTB - 16A, rue des Usines - B-6791 Athus

Tél.: (GSM) 0032 0477 26 88 89

Syndicat Bâtiment / Permanencias "Construção"

OGB-L ETTTELBRUCK 6, rue Prince Jean Tél. 81 90 01-1

le jeudi de 14.30 à 18.00 hrs (ou sur rendez-vous)

Quinta-Feira 14h30 - 18h00

OGB-L WILTZ 2, rue Michel Rodange Tél. 95 72 70

le mardi de 14.30 à 18.00 hrs (ou sur rendez-vous)

Terça-Feira 14h30 - 18h00